

»Partizipation«

01 ▶ 2023



JUGEND OFFENE ARBEIT



Praxis
Konzepte
Jugendpolitik



Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.

www.offene-jugendarbeit.net

INHALT

- 3 ZUR EINFÜHRUNG**
- 6 BENEDIKT STURZENHECKER**
Das macht den Unterschied: Demokratische Partizipation oder Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- 14 KATHARINA BERTZ**
Jugendbeteiligung in Mainz
- 21 JEANNETTE NGUYEN, MARIUS ROSNER, MAREN BRUNNER**
BRETTEREI – Ein Brett nach dem anderen!
- 25 NINA VORMELCHERT**
„Wir und ich im Stadtteil“: Bericht zur Umsetzung des Projektes „Kooperativ in der Kommune – gesellschaftlich-demokratisches Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern“ am Standort Steglitz-Nord
- 34 GERD GRÜNEISL, KULTUR & SPIELRAUM E.V.**
Die Spielstadt Mini-München – Stadt der Kinder
- 47 NINA VORMELCHERT, MORTIZ SCHWERTHELM**
„Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied?“ – Tagungsbericht
- 49 BAG OKJE e.V.**
Stellungnahme der BAG OKJE e.V. zum Diskussionspapier vom BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz
- 52 DANIELA KESS, HENDRIK LANG (Internationaler Bund)**
Die neue App juniti – Anschluss an hybride Welten in der OKJA





Zur Einführung

Schon wieder Partizipation? Ist darüber nicht schon genug gesagt und geschrieben worden? Diese und ähnliche Fragen schallen einem gelegentlich entgegen, wenn von Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit die Rede ist. Und sie sind ja auch nicht ganz unberechtigt: Eine Reihe von Jugendarbeitsforscher:innen hat dazu theoretische und konzeptionelle Beiträge veröffentlicht, alleine im Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit taucht der Begriff auf knapp 2000 Seiten 600 Mal auf, auf der Wissensplattform ‚Alles Wissen in der OKJA‘ (<https://www.oja-wissen.info/>) bekommt man in der Suche zu dem Stichwort 160 Treffer zu Artikeln, Videos, Konzepten und Praxisbeispielen. Einrichtungen berücksichtigen den Begriff in ihren Konzepten, entwickeln Praxiskonzeptionen, führen Projekte durch, veröffentlichen Praxisbeispiele, unterschiedlichste Akteure bieten Fortbildungen an und mindestens einmal im Jahr besuchen Mitarbeiter:innen eine Fachveranstaltung zu dem Thema. Warum also diese Ausgabe zu diesem Thema? Weil uns einige Veröffentlichungen der letzten Jahre und nicht zuletzt der 16. Kinder- und Jugendbericht (Deutscher Bundestag 2020) darauf aufmerksam gemacht haben, dass junge Menschen und insbesondere jene, die von sozialer Ungleichheit betroffen sind, strukturell benachteiligt werden, wenn es um ihre Mitgestaltung der Gesellschaft geht. Das gilt in Bezug auf die gesamte Gesellschaft, aber auch für die Kinder- und Jugendhilfe und die Kinder- und Jugendarbeit. Folgt man dieser Fachdiskussion, werden auch Handlungsbedarfe in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sichtbar. Gesagt ist also vielleicht vieles, für Kinder und Jugendliche hat sich dadurch aber noch nicht viel geändert.

Darum haben die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen und der Kooperationsverbund OKJA im Dezember 2022 eine Fachveranstaltung mit dem Titel „Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied?“ organisiert. Zentral war dabei, welche Formen von Partizipation für das Aufwachsen junger Menschen wirklich einen Unterschied machen und wie es der OKJA gelingen kann, Kindern und Jugendlichen diese Partizipationsformen zu ermöglichen. Und so haben am 1. und 2. Dezember über hundert Fachkolleg:innen aus Wissenschaft, Verbänden, Verwaltung, Politik und Einrichtungen der OKJA und angrenzender Felder gemeinsam diskutiert, wie sie jungen Menschen demokratisches und politisches Handeln in Einrichtungen und Angeboten, aber auch in Sozialräumen und Kommune eröffnen können. Thema war auch, welche Rahmenbedingungen es dafür braucht. Dabei wurde auch der Versuch unternommen, die unterschiedlichen Facetten von Demokratiebildung, Partizipation und politischer Bildung zusammenzuführen.

Deutlich wurde schnell, dass die OKJA enorme Potenziale hat, wenn es darum geht, junge Menschen in ihrer Aneignung von Demokratie und Gesellschaft zu unterstützen. Klar wurde aber auch, dass es interne und externe Handlungsbedarfe in Bezug auf die Demokratieförderung in der OKJA gibt. Intern muss die OKJA fachlich und pädagogisch daran arbeiten, dass sich junge Menschen auf den unterschiedlichen Ebenen verstärkt auch an wesentlichen, sie betreffenden Entscheidungen beteiligen können. Extern braucht es eine Anerkennung der Felder der Jugendarbeit für ihre Potenziale als Akteure der Kinder- und Jugendbeteiligung und eine entsprechende Fi-

nanzierung, die vor allem sicherstellt, dass Partizipation und Demokratiebildung keine einmaligen Projekte sind, sondern dauerhaft sichergestellt werden: ganz im Sinne eines Rechtsanspruches von Kindern und Jugendlichen auf ihre Beteiligung entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention, des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes und der kommunalen Beteiligungsgesetze.

Diese Diskussion wird in einer Zeit geführt, in der auf der politischen Bundesebene ein Demokratiefördergesetz verhandelt wird, das die große Chance bietet, die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit und ihre Potenziale für Demokratiebildung und politische Bildung zu fördern, aber vor allem unter dem Vorzeichen des Präventionsparadigmas gegen Extremismus steht (siehe dazu die Stellungnahme der BAG OKJE in dieser Ausgabe). Ob die OKJA konkret davon profitieren kann, wie es bspw. im letzten Kinder- und Jugendbericht empfohlen wird, ist jedoch noch unklar. Die Berichtskommission (Deutscher Bundestag 2020, S. 411) empfiehlt politischen Entscheidungsträger:innen:

„Zur Ermöglichung von Aneignungsprozessen von Demokratie durch Bildungsstrukturen müssen grundlegend und zuallererst geeignete rechtliche, finanzielle und organisatorische Bedingungen gegeben sein. Als Aufgaben für politische Entscheidungsträger sind in dieser Hinsicht zu benennen:

- Finanzierung politischer Bildung weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherstellen;
- Erweiterung des Blicks auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention;
- Überprüfung von Ausbildungsumfang und -inhalten bzgl. politischer und insbesondere demokratischer Bildung, vor allem für Erzieher und Erzieherinnen, Lehrkräfte und soziale Fachkräfte und Ressourcenbereitstellung für eine Erweiterung des Fort- und Weiterbildungsangebots;

- Förderung von Wissenschaft-Praxis-Diskussionen und -Kooperationen, insbesondere bei der Entwicklung und Evaluation innovativer Ansätze;
- Förderung von Recherche- und Forschungsansätzen, die von Kindern und Jugendlichen selbst verfolgt werden können, etwa in Gestalt von Lebensraumerkundungen sowie Peer- und Erwachsenenbefragungen.“

Aber noch einmal zurück zu der Frage, was den Unterschied für die jungen Menschen und ihre Partizipation macht. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: einen Unterschied macht die Partizipation, wenn sie in irgendeiner Weise Auswirkungen auf die Teilhabe junger Menschen hat. Dann ist sie keine ‚Schein- oder ‚Alibi‘-Partizipation, wie wir es im Feld so gerne nennen. Sie muss also die Lebenswelten junger Menschen positiv verändern können, wie es auch der §1 SGB VIII vorschreibt: Kinder- und Jugendhilfe soll „dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.“

Dazu, dass OKJA zukünftig einen solchen Unterschied für junge Menschen macht, will diese Ausgabe einen kleinen bescheidenen Beitrag leisten, in dem konzeptionelle Perspektiven und Praxisbeispiele zur Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vorgestellt werden.

Nina Vormelchert und Moritz Schwerthelm

Zu den Beiträgen

Benedikt Sturzenhecker beleuchtet den Unterschied zwischen „demokratischer Partizipation“ und einer „paternalistischen Partizipation“, wie wir sie in der Praxis der OKJA häufig finden“. Die aber, so der Autor, „entspricht

nicht dem gesetzlichen Auftrag von Kinder- und Jugendarbeit.“ Für **Sturzenhecker** steht fest, dass die OKJA die demokratische Entscheidungsmacht von Kindern und Jugendlichen im Alltag ausweiten kann und muss.

Jugendparlamente, konstatiert Autorin **Katharina Bertz**, sind häufig Veranstaltungen für „beteiligungsaffine“ junge Menschen aus vorwiegend besser gestellten sozialen Schichten, und sie haben einen weiteren Nachteil: „Auch die Verpflichtung für ein längerfristiges Engagement aufgrund der Wahlperioden ist nicht für alle Jugendlichen attraktiv.“ In Mainz suchte man nach neuen Wegen und Modellen für die erste zentrale Jugendkonferenz für 300 Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren.

Man nehme eine Pandemie und mache das Beste daraus, in diesem Fall eine Skate-Halle, genannt die „Brettere!“ „Das jüngste und prägendste Partizipationsprojekt ist seit 2021 das neue Herzstück des Jugendzentrums am Margaretendamm (JuZ)“, sagen **Jeannette Nguyen**, **Marius Rosner** und **Maren Brunner**, und „das Ergebnis zeigt auch anderen Heranwachsenden anderer Jugendszenen und der Stadt, dass sie nicht nur Bewohner:innen, sondern ein unverzichtbarer Teil der Stadt Bamberg sind.“

Nina Vormelchert schildert in ihrem Beitrag, wie Kooperationen in der Kommune die demokratischen Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen fördern können. In Steglitz-Nord entstanden unter Anwendung der GEBE-Methodik zunächst vier Mini-Projekte, die der Öffentlichkeit bei einem großen Stadtteilstfest präsentiert wurden.

Die Spielstadt Mini-München ist das größte Ferienprogramm der Stadt und Vorbild für

über dreihundert Spielstädte im In- und Ausland. Sie wird u.a. interpretiert als konkrete Utopie, als kollektive performative Kunstaktion, als Aneignungsraum und Ort zum Erlernen der Demokratie als kollektiver Realisierung von Freiheit. **Gerd Grüneisl** gibt Einblicke in ein höchst komplexes Spiel, in dem die Kinder das Sagen haben.

Nina Vormelchert und **Moritz Schwerthelm** berichten von der Fachveranstaltung „Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied? Partizipation, Demokratiebildung und politische Bildung junger Menschen“. Organisiert wurde die Tagung vom Kooperationsverbund OKJA und der Bundesarbeitsgemeinschaft OKJE. Neben verstärkten Kooperationen zwischen den Feldern der Jugendarbeit stand die Forderung nach einer stabilen Finanzierung.

Das Demokratiefördergesetz schafft erstmals einen gesetzlichen Auftrag des Bundes zur Förderung und Stärkung der Demokratie, der politischen Bildung, der Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe. In einer Stellungnahme plädiert die **BAG OKJE** dafür, damit auch die Potenziale der demokratischen Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe anzuerkennen und zu fördern.

Daniela Kess und **Hendrik Lang** stellen die neue App juniti vor. Sie soll „den Anschluss an hybride Welten der OKJA“ sichern und die Kommunikation mit Jugendgruppen besser strukturieren, Informationen zusammenführen und gleichzeitig Partizipation fördern.

Das macht den Unterschied: Demokratische Partizipation oder Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit

„Also, wenn wir hier [im Jugendhaus] etwas machen möchten, dann organisieren die Fachkräfte das und wir machen mit. Also, nicht wir organisieren es, die helfen uns. Oder wir kochen sehr oft hier und auch da organisieren die das und wir können mitmachen.“

Das sagte eine Zwölfjährige, die ein Jugendhaus in Hamburg Eimsbüttel regelmäßig besucht und von uns befragt wurde, wie es dort um ihre Partizipation stehe (vgl. NEUMANN ET AL. 2020).

Partizipationspraxis in der OKJA als paternalistisch?

Für die Rückmeldungen von 68 befragten Kindern und Jugendlichen, die zwölf Einrichtung der OKJA in Hamburg Eimsbüttel besuchten, war diese Aussage typisch. Die Kinder und Jugendlichen dürfen Wünsche äußern und diese werden von den Fachkräften umgesetzt (oder auch nicht) und die Kinder und Jugendlichen machen dann bei diesem Angebot mit. Ihre Partizipation besteht im Wünsche äußern und im Mitmachen bei dem, was die Erwachsenen für sie vorbereitet haben. Im überwiegenden Teil der untersuchten Einrichtung haben wir ein Partizipationsmuster gefunden, das wir bezeichnen als „Familiäre Konsum- und Verhandlungsgemeinschaft unter wohlwollender Leitung“. In diesen Einrichtungen be-

stehen positive Beziehungen zwischen Fachkräften und Kindern/Jugendlichen. Die Besucher:innen dürfen Meinungen und Vorschläge (meistens zu Konsumentscheidungen) einbringen und diese werden informell von den Fachkräften mit ihnen besprochen. Aber die Professionellen haben das letzte Wort, fällen die Entscheidung und übernehmen auch die Organisation der Umsetzung von Wünschen. Die betroffenen Besucher:innen fühlen sich dabei oft wertgeschätzt und beteiligt im Rahmen der familienähnlichen Hierarchien. Diese positive Beziehung äußerte sich häufiger in Aussagen wie: "... und XY [Name des Mitarbeitenden] ist echt wie so'n zweiter Vater für uns."

Man kann diese Praxis als im weitesten Sinne partizipativ bezeichnen, weil die Besucher:innen irgendwie ‚teilnehmen‘, also mitmachen. Kinder und Jugendliche kommen in die offenen Jugendeinrichtungen und es entsteht ein Arbeitsbündnis mit den Fachkräften, das die Kinder und Jugendlichen (durchaus gerne) durch ihr Handeln mit erzeugen. Die Fachkräfte praktizieren dabei einen Paternalismus: In einer Rolle ähnlich wie Väter oder Mütter wollen sie das Beste für ihre Kinder, wissen, was für diese gut ist und bestimmen und organisieren in wohlwollender Rücksichtnahme auf Wünsche, was im Jugendhaus geschieht und auch, was verboten ist. Die Macht ist

klar und einseitig verteilt, die Entscheidungen liegen letztendlich bei den Fachkräften und die Kinder und Jugendlichen partizipieren, indem sie diese Machtverteilung akzeptieren und ‚mitspielen‘.

Allerdings müssten sie das nicht, denn in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist die Teilnahme freiwillig: Wenn einem etwas nicht passt, kann man einfach wegbleiben. Insofern kommt OKJA überhaupt erst zustande, wenn es ein grundsätzliches Einverständnis der Besucher:innen mit dem Handeln der Fachkräfte gibt. OKJA ist somit gekennzeichnet durch das Strukturcharakteristikum der Partizipativität. Fachkräfte und Besucher:innen müssen auf bestimmte Weise aushandeln, was in der OKJA geschehen soll. Das geschieht meistens weniger durch argumentative öffentliche Verhandlungen, sondern indem beide Seiten auf ihre Weise handeln und in solcher indirekter ‚Abstimmung‘ zu einem informellen Einverständnis gelangen, wie die Jugendarbeit zusammen erzeugt werden soll. Letztendlich liegt die Macht bei den Kindern und Jugendlichen, die sich durch ihr Fernbleiben entziehen können. Das einzige strukturelle Machtpotenzial der Fachkräfte besteht in der Möglichkeit, Kinder und Jugendliche von der Teilnahme auszuschließen (das klassische Hausverbot). Diese Machtmöglichkeit kann allerdings nicht dazu dienen, eine OKJA zu ermöglichen, sie kann nur eine Ausgrenzung herstellen und damit Jugendarbeit (mit den Betroffenen) verunmöglichen.

Solche empirisch erkennbaren Praktiken eines gegenseitigen „Doing Jugendarbeit“ (also einem Zusammenspiel der Akteure, das Jugendarbeit erzeugt) ist allerdings durch die Beteiligten nicht reflektiert und in (kritischen) Begriffen formuliert. Das Wort ‚Partizipation‘ beschreibt hier einfach nur, wie der gemeinsame Alltag so läuft und

nicht, wie er und seine Voraussetzungen und Folgen durch die Beteiligten benannt und bewusst beeinflusst würden.

Die Kinder und Jugendlichen kennen schon solche pädagogischen Settings, in denen sie ‚brav‘ mitspielen. Für Kinder in Kitas hat BÜHLER-NIEDERBERGER (2011) deren Anpassung an die generationalen Machtstrukturen und Vorgaben der Erwachsenen als „Komplizenschaft“ bzw. „kompetente Gefügigkeit“ bezeichnet. Auch die Kinder und Jugendlichen in der OKJA kennen die generationalen und institutionellen Machtstrukturen aus Kita und Schule. Möglicherweise tritt auch für die OKJA der Effekt ein, dass sie die strukturellen Machtverhältnisse akzeptieren, weil so überhaupt ein für sie positives Angebot zustande kommt.

Welche Art von Partizipation macht den Unterschied?

Man könnte sich ja mit einer solchen paternalistischen Partizipation zufriedengeben. Es kommen ja immerhin Kinder und Jugendliche in diese Jugendeinrichtungen, irgendwie gelingt ein gemeinsames Handeln und die Besucher:innen, ebenso wie die Fachkräfte, scheinen damit zufrieden zu sein.

Eine paternalistische Partizipation erfüllt allerdings nicht den rechtlichen und fachlichen Anspruch der Gestaltung von (offener) Jugendarbeit. Im Gegenteil, diese verlangen eine demokratische Partizipation mit einem Recht der Kinder und Jugendlichen auf Mitentscheidung und Mitgestaltung der Jugendarbeit.

Eine paternalistische Partizipation, wie wir sie in der Praxis der OKJA häufig finden, entspricht nicht dem gesetzlichen Auftrag von Kinder- und Jugendarbeit. Nach § 11 SGB VIII sollen die Angebote der Ju-

gendarbeit durch die jungen Menschen „mitbestimmt und mitgestaltet werden und sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung (...) anregen.“ Das bedeutet, sie sollen an Entscheidungen darüber beteiligt werden (Mitbestimmung), was in der Jugendarbeit geschieht und sie sollen dieses aktiv selbst mit herstellen (mitgestalten). Die paternalistische Partizipationspraxis verstößt gegen dieses weitgehende Mitentscheidungsrecht und macht die Kinder und Jugendlichen zu Konsumenten von Angeboten, statt zu deren Erzeugern. Sie werden zu Objekten pädagogischer Fremdbestimmung und nicht zu Subjekten demokratischer Mitbestimmung der eigenen Jugendarbeit.

§ 11 SGB VIII formuliert den Auftrag, Selbstbestimmung zu fördern. Selbstbestimmung bedeutet hier nicht individualistisch-liberalistische Selbstdurchsetzung, sondern sie ist verbunden mit dem Ziel der Förderung einer gesellschaftlichen Mitverantwortung. Damit entwirft das Gesetz als Zielvorstellung von Jugendarbeit die Figur von Bürger:innen, die frei ihre Interessen und Vorstellungen zur eigenen Lebensweise verfolgen können sollen, dieses aber gleichzeitig in Blick auf eine Mitverantwortung für das Gemeinwohl realisieren. Die Freiheit der Einzelnen muss mit der Freiheit der anderen abgeglichen werden. Freiheit kann nur konzipiert werden „im Zusammenhang mit den kommunikativen Strukturen einer Gemeinschaft, die sichert, dass die Freiheit einiger nicht auf die Kosten der Freiheit anderer geht. (...) Der Einzelne kann nicht frei sein, wenn nicht alle frei sind und alle können nicht frei sein, wenn nicht alle in Gemeinsamkeit frei sind“ (HABERMAS 1985: 76).

Diese Vorstellung von einer kommunikativen Gemeinschaft, die gemeinsam aushandelt, wie die Freiheitsrechte der einzel-

nen maximiert und doch ein Gemeinwohl realisiert werden kann, bezeichnet HABERMAS als deliberative Demokratie. Deliberation bedeutet Beratschlagen oder Abwägen. Deliberative Demokratie ist (pointiert gesagt) ein Verfahren, in dem Mitglieder eines Gemeinwesens in gegenseitiger Anerkennung die anstehenden Konflikte und Fragen der kollektiven Lebensführung öffentlich argumentativ ausstreiten, schließlich gemeinsam entscheiden und diese Entscheidungen für sich als bindend respektieren. Aus der Vermittlung von Selbstbestimmung mit gesellschaftlicher Mitverantwortung (wie es § 11 SGB VIII für die Jugendarbeit vorgibt) folgt also eine demokratische Strukturierung der Erzeugung von Jugendarbeit durch die Beteiligten.

Der § 11 SGB VIII kann gelesen werden als eine Verdichtung der konzeptionellen Debatte zur Kinder- und Jugendarbeit seit den 1960er Jahren. Diese entwickelt die Aufforderung, Kindern und Jugendlichen durch Jugendarbeit emanzipatorische Subjektbildung zu ermöglichen, ebenso wie eine Demokratiebildung. Diese bedeutet eine Realisierung von Mitentscheidungsrechten in der Jugendarbeit selbst genau wie in Kommune, Gesellschaft und Staat (vgl. SCHERR/STURZENHECKER 2013).

Mit dem Bezug auf die rechtlichen Vorgaben des § 11 SGB VIII ist die demokratische Verfasstheit von Kinder- und Jugendarbeit keine pädagogische Maßnahme, sondern damit entsteht ein Recht der Kinder und Jugendlichen, diese Institution der Kinder- und Jugendhilfe demokratisch mitzubestimmen. Damit sind alle pädagogischen Versuche, die Partizipation als Mittel zur Erreichung anderer Ziele als der Ausübung des Rechts zur Mitbestimmung zu verstehen (also etwa zum Erlernen sozialer Kompetenzen, als Prävention von Extremismus o. ä.), eine Funktionalisierung von

Demokratie. Wenn jemand ein Recht hat, dann bedeutet dies, dass jemand anderes eine Pflicht hat, dieses Recht umzusetzen (vgl. SCHICKHARDT 2016: 117). Wenn demokratische Mitentscheidung von Kindern und Jugendlichen in der (offenen) Jugendarbeit ein Recht ist, muss dieses als Recht realisiert werden und kann nicht auf eine pädagogische Handlungsstrategie zur Erreichung anderer Ziele reduziert werden.

Hier zeigt sich der Unterschied einer demokratischen zu einer paternalistischen Partizipation: Demokratische Partizipation ist als ein Recht der Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten und kann nicht von der individuellen Willkür einzelner Fachkräfte abhängen.

Was meint „demokratische Partizipation“?

Geht es also darum, dieses Recht in der Kinder- und Jugendarbeit umzusetzen, muss man sich klarmachen, worin demokratische Partizipation besteht. Daraus folgt dann eine konkrete demokratische Strukturierung der gemeinsamen Entscheidungen in den Einrichtungen.

Im Folgenden geht es um ein theoretisch normatives Grundkonzept von Demokratie und nicht um ihre empirische Realität in Deutschland. Demokratietheoretisch meint Partizipation das Recht und die Praxis der Bürger:innen, an öffentlichen, gesellschaftlichen Streit- und Aushandlungsprozessen zu anstehenden Konflikten und daraus folgenden Entscheidungsprozessen aktiv teilzunehmen. Diese Partizipation ist demokratisch, wenn alle Mitglieder einer Entscheidungsgemeinschaft gleichberechtigten Zugang zu solchen Diskursen und Entscheidungen bekommen, in denen sie in Gegenseitigkeit und gleichrangig darüber bestimmen, wie sie die gemeinsame Le-

bensführung regeln und gestalten wollen. Sie entscheiden über das, von dem sie betroffen sind und respektieren die auf demokratische Weise getroffenen Entscheidungen als bindend für ihr eigenes Handeln. Demokratische Entscheidungen können also von den Betroffenen bzw. Beteiligten als legitim und zwingend respektiert werden, weil sie diese prinzipiell selbst als Ko-Autor:innen mitbestimmen können.

Dieser Diskussions- und Entscheidungsprozess hat dann idealerweise folgende Elemente, die auch als Grundmodell eines demokratischen Prozesses verstanden werden können: Alle unterschiedlichen Beteiligten bzw. Betroffenen müssen gleichberechtigt die Möglichkeit eines Mitsprechens haben. Sie brauchen Gelegenheit, ihre Anliegen, Interessen und Konflikte öffentlich auszudrücken und sie zur Angelegenheit der Entscheidungsgemeinschaft zu machen. Aus dem öffentlichen Mitsprechen ergibt sich ein Mitverhandeln, in dem die Beteiligten ihre Positionen argumentativ ausstreiten. Dieser Diskurs bereitet das Mitentscheiden vor. Darin werden argumentativ Lösungsmöglichkeiten geprüft und schließlich zu einer Entscheidung geführt. Der demokratische Prozess endet aber hier noch nicht, denn aus den Entscheidungen entstehen Folgen für ein Mithandeln. Die Mitglieder der Entscheidungsgemeinschaft setzen das um, was sie zusammen bestimmt haben. Das bedeutet eine Mitverantwortung: Sie tragen die Folgen ihrer Entscheidungen und können deren Wirkungen aber auch kritisch hinterfragen und die Entscheidungen revidieren. So beginnt der Prozess erneut, in dem im öffentlichen Mitsprechen Entscheidungen und ihre Folgen kritisiert und diskutiert werden. Diese Prozesselemente können auch in der Jugendarbeit ganz konkret als Prüfkriterien für die demokratische Gestaltung von Entscheidungsprozessen

verwendet werden. Es stellt sich die Frage, ob alle Schritte eingehalten wurden und ob alle Betroffenen – wie unterschiedlich sie auch sein mögen – daran beteiligt wurden.

Das verweist darauf, dass demokratische Partizipation auf eine Inklusion angewiesen ist, die ermöglicht, dass alle unterschiedlichen Betroffenen auch in ihrer Differenz doch gleichberechtigt und dauerhaft an Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Demokratie gewährt allen Betroffenen ein gleiches Recht der Beteiligung, es gibt keine Voraussetzungen für das Mitentscheiden. Konkret kann dieses Recht jedoch nur eingelöst werden, wenn reflektiert und beachtet wird, ob nicht durch die unvermeidbare Unterschiedlichkeit der Beteiligten für bestimmte Personen oder Gruppen mangelnde Chancen der Mitentscheidung bzw. gar Diskriminierung entstehen und ihr Recht auf Mitbestimmung dadurch behindert oder verhindert wird. Anders gesagt, es muss vermieden werden, dass aus Unterschiedlichkeit Ungleichheit und aus Ungleichheit Ungerechtigkeit (im Sinne eines Ausschlusses aus dem Recht auf Partizipation) wird.

Wie weit geht demokratische Partizipation in der OKJA?

Es darf nicht verschwiegen werden, dass aufgrund der institutionellen Strukturen der OKJA als sozialpädagogische Institution Grenzen für demokratische Partizipation bestehen. Oben wurde gezeigt, dass Demokratie auf einer Entscheidungsgemeinschaft beruht, in der sich die Mitglieder nicht nur gegenseitig in ihrem Recht und ihrer Fähigkeit auf Mitentscheidung anerkennen und so verbinden, sondern dass der Partizipationsprozess auch zu verbindlichen Entscheidungen führt. Angesichts der Freiwilligkeit der Teilnahme der Kinder und

Jugendlichen an der OKJA ist die Verbindlichkeit der Entscheidungsgemeinschaft hier allerdings gemindert. Denn es ist unklar, wer unter welchen Bedingungen berechtigtes Mitglied dieser Entscheidungsgemeinschaft einer Einrichtung ist und was daraus an Beteiligungsrechten, aber auch -pflichten folgt. Aus der Freiwilligkeit der Teilnahme entsteht eine Unverbindlichkeit, „denn die Teilnehmenden können kommen und gehen, wie sie wollen. Sie verpflichten sich nicht, ihre Interessen gemeinsam zu klären und deren Umsetzung auszustreiten, sondern wenn ihnen etwas nicht passt, können sie wegbleiben. Damit aber ist der rechtliche Status als Mitentscheidende nicht gegeben“ (AHLRICHS ET AL. 2021: 428). Damit fällt strukturell sehr schnell die Entscheidungsmacht den Fachkräften zu, die sich dann nicht mehr mit berechtigten Mitverantwortlichen auseinandersetzen müssen, sondern allein bestimmen können.

Eine weitere Grenze einer völligen Demokratisierung der sozialpädagogischen Organisationen der OKJA liegt darin, dass die jeweiligen Besucher:innen nicht ohne Weiteres die gesamten Rahmenbedingungen einer Einrichtung verändern können. Sie sind in den meisten Fällen weder berechnete Mitglieder eines Trägervereins, noch haben sie direkt Möglichkeiten, die von Träger, Kommune, Land und Staat gesetzten Rahmenbedingungen der OKJA zu beeinflussen. Besucher:innen können auf demokratische Weise mit den Fachkräften die gemeinsame Gestaltung des Alltags bzw. des Zusammenlebens in der Einrichtung bestimmen, aber darauf ist ihre Mitbestimmungsmacht meistens begrenzt.

Eine dritte Grenze ergibt sich aus der Schutzverantwortung von pädagogischen Fachkräften, die das Wohl der Kinder und Jugendlichen sichern müssen. Dazu benötigen sie Machtbefugnisse, um einzuschrei-

ten und ohne demokratische Abstimmung entscheiden zu können, wenn dieses Wohl von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung konkret gefährdet ist (etwa in Bezug auf körperliche Integrität).

Diese Einschränkungen der vollen Wahrnehmung demokratischer Entscheidungsmacht von Kindern und Jugendlichen in der OKJA könnten gemindert werden, wenn die Einrichtungen als Vereine geführt würden, in denen die Besucher:innen Mitglieder wären. Als solche hätten sie ein volles formales Mitbestimmungsrecht. MORITZ SCHWERTHELM (2020) hat für die Praxis der OKJA entworfen, wie eine solche Mitgliedschaft und damit Entscheidungsberechtigung konkret geschaffen werden könnte. Das würde auch bedeuten, die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen in der OKJA so zu stärken, dass sie selbst Vereine zu Realisierung ihrer Interessen gründen würden (vgl. SCHWERTHELM / STURZENHECKER 2021).

Mehr Demokratie zumuten!

Trotz der genannten strukturellen Grenzen voller demokratischer Entscheidungsmacht von Kindern und Jugendlichen in der OKJA kann deren demokratische Partizipation im Alltag ausgeweitet werden. Dazu können sich die Fachkräfte an den Prozesselementen demokratischer Entscheidung orientieren, die ich oben aufgezeigt habe. Zunächst einmal kann das darin bestehen, die Interessen der Kinder und Jugendlichen und deren konkrete Mitentscheidung und Mitgestaltung an deren Umsetzung ins Zentrum des gemeinsamen Handelns zu setzen. Das bedeutet im Alltag, solche Interessen überhaupt zu erkennen und sie mit den Kindern und Jugendlichen in demokratischen Partizipationsprozessen zu realisieren. Das funktioniert nicht, indem man die Besu-

cher:innen fragt: „Was wollt ihr denn mal machen?“ Denn die Annahme, dass Menschen genau wissen und benennen können, was sie selbst und mit anderen zusammen tun wollen, ist in den meisten Fällen unangemessen. Das liegt daran, dass das, was zusammen gehen kann, aus einem gemeinsamen Interaktionsprozess entsteht, in dem die Betroffenen aushandeln, was passiert. Das geschieht nicht unbedingt in einem sprachlich argumentativen Verhandlungsprozess, sondern einfach durch konkrete Handlungsweisen. Deshalb können Fachkräfte hier ansetzen und beobachten, was die Kinder und Jugendlichen im Alltag der OKJA tun und was sie dabei stark interessiert. Die GEBE-Methode (Methode zur Förderung gesellschaftlich demokratischen Engagements von Benachteiligten in der OKJA, vgl. STURZENHECKER 2015, STURZENHECKER / SCHWERTHELM 2015) zeigt die Arbeitsschritte einer solchen Assistenz von Bildung und Partizipation. Die Fachkräfte kommen von einer Beobachtung des alltäglichen Handelns der Besucher:innen zu Hypothesen über Interessenthemen, die zu dialogischen Klärungsprozessen mit den Besucher:innen führen. Daraus entstehen dann gemeinsam demokratisch beschlossene und umgesetzte Projekte.

Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, sehr direkt im Alltag die Interessen der Beteiligten zum Ausgangspunkt einer demokratisch bestimmten Jugendarbeit zu machen. Damit sind aber noch lange nicht Strukturen gesetzt, die das Recht der Kinder und Jugendlichen auf Mitbestimmung und Mitgestaltung der Jugendarbeit als Recht sichern würden. Deshalb steht an, konkrete Rechte, Gremien und Verfahren zu bestimmen, die gewährleisten, dass die Betroffenen ihre Rechte auf demokratische Partizipation tatsächlich auch wahrnehmen und unter Umständen einklagen können.

Das Konzept „Die Kinderstube der Demokratie“ (HANSEN / KNAUER / STURZENHECKER 2011) hat für die Kindertageseinrichtung konkrete Handlungsschritte entworfen, wie eine solche strukturelle Verankerung von Partizipationsrechten der Kinder geschehen kann. Dabei geht es darum zu bestimmen, welche Rechte der Selbstbestimmung die einzelnen Kinder haben, über welche Rechte der Mitbestimmung Fachkräfte und Kinder gemeinsam verfügen und welche Entscheidungsrechte die Fachkräfte sich vorbehalten. Auf der Basis dieser Rechte lassen sich Gremien und Verfahren entwickeln, die genaue Handlungsregeln und Strukturen vorhalten, wie Entscheidungen im demokratischen Prozess von der Entstehung von Themen und Konflikten durch das öffentliche Mitsprechen, über Mitverhandeln und Mitentscheiden und schließlich zu Mithandeln und Mitverantwortung führen. Empirische Untersuchungen (z. B. RICHTER / LEHMANN / STURZENHECKER 2017) zeigen, dass Kinder in der Kita diese demokratischen Handlungsstrukturen verstehen und sie aktiv anwenden. Moritz Schwerthelm (2020) hat zusammen mit Fachkräften aus der Offenen Jugendarbeit in Luxemburg Vorgehensweisen und Qualitätsstandards entwickelt, wie eine solche formelle demokratische Partizipationsstruktur auch in der OKJA realisiert werden kann. Man könnte sagen, wenn das mit

Kindern in der Kita geht, dann doch wohl erst recht in der OKJA.

Zu sichern, dass Kinder und Jugendliche ihr Recht auf demokratische Mitbestimmung und Mitgestaltung der OKJA wahrnehmen können, ist keinesfalls eine Zusatzaufgabe von Fachkräften. Sie ist die Kernaufgabe von Offener Kinder- und Jugendarbeit. Erst wenn dieses Recht umgesetzt wird, macht Offene Kinder- und Jugendarbeit einen Unterschied. Denn Jugendarbeit ist das einzige Handlungsfeld in Gesellschaft und Pädagogik, in dem Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrem Alter und ihrer Reife das Recht haben, demokratisch zu bestimmen. Das macht die besondere fachliche Anforderung, aber auch die spezifische Qualität der Gestaltung von OKJA aus. Fachkräfte sollten den fachlichen Stolz und den fachlichen Willen entwickeln, diese Qualität demokratischer Partizipation jeden Tag mit den Kindern und Jugendlichen in ihren Einrichtungen zu realisieren.

AUTOR

Benedikt Sturzenhecker, Dipl.-Pädagoge, Dr. phil, Professor für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendhilfe, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit.

Literatur

AHLRICHS, ROLF / MAYKUS, STEPHAN / RICHTER, ELISABETH / RICHTER, HELMUT / RIEKMANN, WIBKE / STURZENHECKER, BENEDIKT (2021): **Demokratiebildung im 16. Kinder und Jugendbericht** – kritische Kommentare aus Sicht demokratischer Kinder- und Jugendarbeit. In: **deutsche jugend**, H. 10/2021, S. 426 – 440.

BÜHLER-NIEDERBERGER, DORIS (2011): **Lebensphase Kindheit**. Theoretische Ansätze, Akteure und Handlungsräume. Weinheim: Juventa.

HABERMAS, JÜRGEN (1985): **Nach der Wende**. Konservative Politik, Arbeit, Sozialismus und Utopie heute. In: JÜRGEN HABERMAS: **Die neue Unüber-**

sichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 59 – 76.

HANSEN, RÜDIGER / KNAUER, RAINGARD/ STURZENHECKER, BENEDIKT (2011): **Partizipation in Kindertageseinrichtungen.** So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! Weimar, Berlin. 6. Auflage 2019.

NEUMANN, JANA / RIEDEL, JULIA / STURZENHECKER, BENEDIKT: **Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.** Eine qualitative Studie zur Sicht der Nutzer/innen offener Einrichtungen in Hamburg-Eimsbüttel. In: **deutsche jugend**, Heft 2/2020, S. 57 – 65.

RICHTER, ELISABETH / LEHMANN, TERESA / STURZENHECKER, BENEDIKT (2017): **So machen Kitas Demokratiebildung.** Empirische Erkenntnisse zur Umsetzung des Konzepts „Die Kinderstube der Demokratie“. Weinheim: BeltzJuventa.

SCHERR, ALBERT / STURZENHECKER, BENEDIKT (2013): **Selbstbestimmte Lebensführung und Demokratiebildung.** Oder: Warum es immer noch wichtig ist, Jugendarbeit als Ort emanzipatorischer Bildungsprozesse zu gestalten. In: SPATSCHECK, CHRISTIAN/WAGENBLASS, SABINE (Hrsg.): **Bildung, Teilhabe und Gerechtigkeit** – Gesellschaftliche Herausforderungen und Zugänge Sozialer Arbeit. Weinheim: Juventa. S. 54 – 76.

SCHICKHARDT, CHRISTOPH (2016): **Kinderethik.** Der moralische Status und die Rechte der Kinder. Paderborn: mentis.

SCHWERTHELM, MORITZ (2020): **Partizipation in der Offenen Jugendarbeit in Luxemburg** – Methoden und Qualitätsstandards. Herausgeber: Service National de la Jeunesse Luxembourg https://www.jugendrot.lu/wp-content/uploads/2021/07/SNJ_Partizipation-in-der-Offenen-Jugendarbeit_AL_web.pdf. (Letzter Zugriff 24.8.2022)

SCHWERTHELM, MORITZ / STURZENHECKER, BENEDIKT (2021): **In der Offenen Jugendarbeit geht noch was:** Demokratische Selbstorganisation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen. In: **Sozial Extra**, H8/2021. S. 1 – 5. DOI: 10.1007/s12054-021-00420-9

STURZENHECKER, BENEDIKT: **Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern** – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Unter Mitarbeit von Moritz Schwerthelm. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung. 4. Aufl. 2021.

STURZENHECKER, BENEDIKT / SCHWERTHELM, MORITZ: **Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern** – Band 2. Methodische Anregungen und Praxisbeispiele für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh: Verlag Bertelsmann. 4. Aufl. 2021.

Jugendbeteiligung in Mainz



KINDER- UND
JUGENDBETEILIGUNG

2022 hat sich die Landeshauptstadt Mainz auf einen neuen Weg der Jugendbeteiligung begeben. Das Highlight: die „Erste Mainzer Jugendkonferenz“ mit 228 Jugendlichen im Alter von 13 bis 17 Jahren am 25.11. 2022.

Doch der Reihe nach. Natürlich wurden schon vor 2022 Kinder und Jugendliche in Mainz an den Geschehnissen und Entwicklungen ihres Lebensumfeldes und ihrer Kommune beteiligt. In den Kindertageseinrichtungen, Schulen, Jugendzentren und weiteren (sozial-) pädagogischen Einrichtungen ist Partizipation schon lange ein wichtiger Bestandteil des Alltags. Hier werden Grundkompetenzen der Beteiligung tagtäglich gelernt, gelebt und entwickelt. Darüber hinaus hat sich in Mainz vor allem bei Kindern die Spielplatzpartizipation etabliert. Kinder haben die Möglichkeit, bei der Neu- und Umgestaltung von Spielplätzen ihre Wünsche einzubringen und über ihre favorisierten Spielgeräte abzustimmen. Altersgruppenübergreifend wird zudem das Format „Jugend spricht für sich“ im Jugendhilfeausschuss regelmäßig wahrgenommen: Kinder und Jugendliche bekommen in Mainz in jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses unter dem Tagesordnungspunkt „Jugend spricht für sich“ das Rederecht erteilt und haben die Möglichkeit, den Ausschussmitgliedern ihre Anliegen vorzutragen. In der Vergangenheit konnten dadurch schon einige Projekte umgesetzt werden, wie etwa Verbesserungen von öffentlichen Plätzen oder Angebote in

Bildungs- und Freizeiteinrichtungen. Kinder und Jugendliche nutzen ihre Zeit im Ausschuss auch immer wieder, um ihre eigene Perspektive auf die Entwicklungen in Mainz darzulegen und Fragen zu stellen. Bis 2019 fand zusätzlich in einzelnen Stadtteilen das Format „Jugend spricht für sich – on Tour“ statt, um lokale Ideen stärker zu fördern. Obwohl sich Kinder und Jugendliche in Mainz auch immer wieder in einzelnen Beteiligungsveranstaltungen wie Bar-Camps oder dem 2020 gegründeten Jugendforum Mainz des Haus des Erinnerns einbringen können, fehlte in Mainz bisher ein zentrales, großangelegtes Format, in dem erste Erfahrungen kommunalpolitischer Partizipation gemacht werden können.

In einer eigens installierten Steuerungsgruppe, bestehend aus politischen Vertreter:innen, Mitarbeitenden des Jugendamtes und des Stadtjugendring Mainz e.V., wurde schon seit 2010 intensiv an der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung gearbeitet. Die Steuerungsgruppe initiierte eine Fragebogen-Aktion sowie Ideenworkshops mit der Zielgruppe und stellte die politischen Weichen für weitere Maßnahmen. Anfang 2022 konnte dann die neu geschaffene Stelle zur Koordination der Kinder- und Jugendbeteiligung in Mainz, angesiedelt im Amt für Jugend und Familie, besetzt werden. Gleichzeitig wurde die Agentur Squirrel & Nuts mit der Begleitung des Prozesses beauftragt. Die Agentur ist in der Beteiligung von Kindern und Jugendli-

chen deutschlandweit beratend tätig und in der Durchführung von Partizipationsveranstaltungen erfahren.

So entwickelte die Stadt Mainz im vergangenen Jahr mit Hilfe eines ersten Workshops und unter Beteiligung von sozialpädagogischen Fachkräften, Kommunalpolitiker:innen, dem Stadtjugendring Mainz e.V. und dem Jugendforum Mainz ein neues Modell der Kinder- und Jugendbeteiligung. Die zentralen Argumente für das individuell konzipierte Modell waren u. a.

- die Ermöglichung erster positiver politischer Selbstwirksamkeitserfahrungen
- der Fokus auf die Altersgruppe der 13- bis 17-Jährigen, die im Vergleich zu anderen Altersgruppen zuvor eher weniger altersangemessene Möglichkeiten zur Partizipation hatte
- die Berücksichtigung der zunehmenden Mobilität der Altersgruppe und damit verbundene stadtteilübergreifende Beteiligung
- und die Beteiligung möglichst vieler Jugendlicher aus möglichst unterschiedlichen sozialen Hintergründen.

Vor allem Letzteres machte für die Beteiligten das Modell des sogenannten „8er-Rates“ attraktiv, bei dem über ein Schuljahr hinweg alle 8. Klassen einer Stadt oder Kommune in mehreren Veranstaltungen Projekte erarbeiten und Umsetzungen anregen. Aufgrund der hohen Schüler:innenzahlen in Mainz war dieses Konzept aber nicht Eins-zu-Eins umsetzbar. Die hohen Voraussetzungen, die mit Jugendparlamenten für die Zielgruppe häufig einhergehen, bargen für die Entscheider:innen zudem mehr Nachteile als Vorteile. So bringen sich in Jugendparlamenten häufig „beteiligungsaffine“ Menschen ein, die sich vorwiegend in besser gestellten sozialen Schichten finden. Auch die Verpflichtung für ein



längerfristiges Engagement aufgrund der Wahlperioden, ist nicht für alle Jugendlichen attraktiv. Die soziale Inklusion gewährleisten hingegen am ehesten punktuelle, großangelegte und niedrigschwellige Partizipationsveranstaltungen wie Jugendforen. In ihnen können die gewünschten ersten Erfahrungen gesammelt und das Interesse für weitere Beteiligung geweckt werden.

Das Mainzer Modell ist in der Folge eine Kombination verschiedener Modelle. Neu etabliert wird hierbei eine zentrale Jugendkonferenz für 300 Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren. Eine Hälfte der Gruppe der Teilnehmer:innen setzt sich aus kompletten 8. Schulklassen aller weiterführender Schulformen zusammen, die andere Hälfte sind Jugendliche, die sich freiwillig gemeldet haben. Aus der Jugendkonferenz entstehen schließlich diverse Projektgruppen, in denen sich Jugendliche weiterhin für ihre Idee einsetzen und diese unter Begleitung

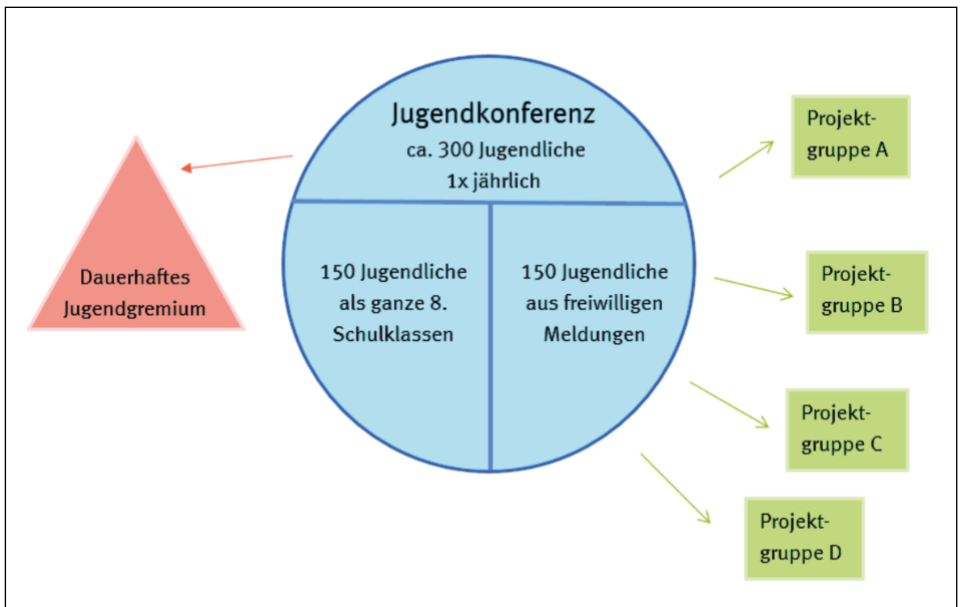
(sozial-)pädagogischer Fachkräfte und mit der Unterstützung der Stadtverwaltung möglichst innerhalb eines Jahres umsetzen können. Neben dem projektbezogenen Engagement soll zudem die dauerhafte Beteiligung junger Menschen in einem dauerhaften Jugendgremium gefördert werden. Hier können sich junge Menschen freiwillig und regelmäßig engagieren und aktuelle jugendpolitische Themen in die Stadtpolitik einbringen. Das Interesse an einer dauerhaften Beteiligung soll durch die positiven Erfahrungen auf der Jugendkonferenz gestärkt werden.

Spezielle Fortbildungen für (sozial-)pädagogische Fachkräfte in Kindertagesstätten, Schulen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben zum Ziel, darüber hinaus die alltägliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen zu stärken. Parallel sollen Kinder und Jugendliche auch in der Beteiligungskultur der Bürgerbeteiligung in Mainz stärker berücksichtig

werden und ihre Meinung zu Entwicklungsprojekten ihrer Stadt einbringen können.

Nachdem das Mainzer Modell und der weitere Weg feststand, wurden die Schulleitungen der weiterführenden Schulen in Mainz sowie Mitarbeitende aller relevanter Fachämter der Stadtverwaltung in weiteren Workshops auf ihre zukünftigen Rollen im Beteiligungsmodell vorbereitet. Unter Berücksichtigung der einzelnen Bedarfe und Rahmenbedingungen konnte so eine gute Kooperationsgrundlage geschaffen werden. Die positive Resonanz auf das vorgeschlagene Modell und schnelle Zusicherungen zur weiteren Unterstützung des Vorhabens machten es schließlich möglich, dass die Erste Mainzer Jugendkonferenz bereits am Freitag, den 25.11.22 im Bürgerhaus im Stadtteil Hechtsheim stattfinden konnte.

Während jeweils zwei 8. Klassen zweier Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen als gesamte Schulklassen teilnahmen,



Mainzer Modell der Jugendbeteiligung



Begrüßung durch Bürgermeister Günter Beck

meldeten sich zusätzlich 126 Jugendliche freiwillig für die Erste Mainzer Jugendkonferenz an. Leider konnten aus den Realschulen plus keine ganzen 8. Klassen für die Teilnahme gewonnen werden, doch das wird sich bestimmt bei der zweiten Auflage schon ändern.

Um 8:30 Uhr öffneten also endlich die Türen des Bürgerhaus Hechtsheim zur Ersten Mainzer Jugendkonferenz. Zahlreiche Mitarbeitende aus dem Amt für Jugend und Familie sorgten den ganzen Tag über für einen reibungslosen Ablauf, verteilten Namensschilder, teilten Teilnahmebescheinigungen aus und beantworteten die ein oder andere Frage. Nach der Begrüßung durch den Mainzer Bürgermeister Günter Beck startete die Konferenz unter der erfahrenen Moderation von Squirrel & Nuts mit einem soziometrischen Kennenlernen. Zur Beantwortung der ersten Frage „Wie findest du Mainz eigentlich?“ ordneten sich die Schüler:innen den vier Ecken des Saals zu. Zwischen den beiden Extremen „scheiße“ und „Mainz ist die schönste Stadt der Welt“ fanden sich die meisten Jugendlichen, sehr zur Freude des Bürgermeisters, in der Ecke

„Mainz ist ganz schön, auch wenn es noch ein bisschen was zu verbessern gibt“ ein. Die zweite Frage nach dem häufigsten Aufenthaltsort außerhalb der Schulzeit zeigte, dass sich etwa die Hälfte vorrangig zu Hause aufhält, während die andere Hälfte ihre Freizeit in Vereinen und Verbänden oder im öffentlichen Raum verbringt. Selbstkritisch stellten die Mitarbeitenden der Kinder-, Jugend- und Kulturzentren fest, dass sich nur wenige der anwesenden Jugendlichen in ihrer Freizeit vorrangig in ihren Häusern aufhalten. Umso besser, dass es dann im Laufe des Tages viel Raum für gemeinsame Gespräche gab. Im Anschluss wurde der Rahmen der Veranstaltung klar definiert. Die Jugendlichen sollten zunächst die Zuständigkeitsbereiche der Stadt benennen. Damit die Stadt Mainz die Jugendlichen nämlich bei der Umsetzung ihrer Projekte unterstützen kann, müssen sich diese im kommunalpolitischen Einflussbereich befinden. Die Stadt Mainz kann folglich weder das bundesweite 9-Euro-Ticket wiedereinführen, noch die Dönerpreise auf 3 Euro deckeln. Was stattdessen alles möglich ist, hielten die Jugendlichen in einem nächsten

Schritt auf grünen und roten Karteikarten fest, die sie den einzelnen Themengebieten der Kommune zuordnen und sowohl mit Kritik als auch Veränderungswünschen beschrifteten. Nach der wohlverdienten Frühstückspause ordneten sich die Jugendlichen dann den geclusterten Themenbereich nach persönlichem Interesse zu. Per „Fußabstimmung“ entstanden so 29, teilweise in Untergruppen geteilte, Projektgruppen:

- App für Psychologie
- Barrierefreiheit
- Basketball
- Baustellen
- (Beach) Volleyball
- Bikeparks
- Cage Football
- Digitale Schule
- E-Bikes
- E-Sport
- Fahrradwege
- Flutlicht am Goetheplatz
- Grüne Oasen
- Hunde
- Jugendbeteiligung
- LGBTQIAO+
- Mehr Akzeptanz
- Obdachlosigkeit
- Open Mainz (Open Air Kino)
- ÖPNV
- Rheinufer
- Sauberer Rhein
- Saubere Stadt
- Schule
- Sicherheit und Ordnung
- Skatepark
- Spielplätze
- Veranstaltungen von und für Jugendliche
- WLAN

Die Schüler:innen entwickelten schließlich innerhalb einer Stunde ihr konkretes Projekt und hielten ihre Ideen auf kreative Weise, mit griffigen Slogans, stichhaltigen

Argumenten und anschaulichen Illustrationen auf Plakaten fest. In der Mittagspause gab es neben einem kleinen Snack auch die Gelegenheit, das angrenzende Jugendzentrum Hechtsheim näher kennenzulernen oder Erinnerungsfotos in der bereitgestellten Fotobox zu schießen.

Den Abschluss der Jugendkonferenz bildete das eigentliche Highlight der Veranstaltung: der sogenannte „Gallery Walk“. Zu diesem wurden aus dem Bereich der Politik die Ortvorsteher:innen und Stadtratsmitglieder, aus der Verwaltung Fachkräfte aller relevanter Ämter und Abteilungen sowie Fachkräfte aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit wie Schulsozialarbeit eingeladen. Sie gingen durch den Saal von Plakat zu Plakat und kamen dort mit der jeweiligen Projektgruppe ins Gespräch. Eine Stunde lang wurde auf diese Weise angeregt diskutiert, Ideen ausgetauscht, Fragen beantwortet, Expert:innenwissen geteilt und erste Kontakte geknüpft. Das große Ziel: Alle Projekte sollten gemeinsam so konkretisiert werden, dass sie innerhalb eines Jahres umsetzbar werden. Am Ende signalisierte die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen „Daumen hoch“ für diese Veranstaltung und so füllten sich auch die aushängenden Projektlisten schnell mit den Namen und Kontaktadressen derjenigen Schüler:innen, die weiterhin Lust haben, ihr Projekt umzusetzen.

Verwaltungsintern wurde der Dezember 2022 dann für eine Prüfung der Projekte auf ihre Umsetzbarkeit genutzt. Die 60 „Gallery Walker“, davon 30 Verwaltungsmitarbeitende, wurden im Zuge dessen um ihre Rückmeldung und fachliche Einschätzung der Projekte gebeten. Gesammelt wurden außerdem die bereits getroffenen Verabredungen und Absprachen mit den Jugendlichen. Wie ansteckend der Enthusiasmus und die innovativen Ideen der Jugend-

lichen waren, zeigte sich bereits in den ersten Tagen nach der Jugendkonferenz, in denen viele Verwaltungsmitarbeitende den Gesprächsfaden gleich wiederaufnahmen. So leitete der Koordinator zur Gleichstellung von LSBTQ der Stadt Mainz das Plakat der Jugendgruppe an das Bildungsministerium des Landes Rheinland-Pfalz weiter und erhielt wenige Tage später deren Stellungnahme inklusive einiger Angebote für Projekte an Schulen.

Auch bei der Kommunalpolitik hinterließen die Jugendlichen einen positiven Eindruck. Im Stadtvorstand Anfang des Jahres wurden die Ergebnisse der Jugendkonferenz den Dezernentinnen und Dezernenten vorgestellt, die zur Umsetzung der Projekte die Unterstützung ihrer Mitarbeitenden zusicherten. Auch im Jugendhilfeausschuss wurde der Ideenreichtum der Schüler:innen von den Ausschussmitgliedern gelobt. Besonders beeindruckt waren sie von den vielfältigen Bereichen, in denen die Jugendlichen Projektvorschläge einbrachten. Die Politiker:innen, die auch selbst bei der Jugendkonferenz dabei waren, hoben noch einmal die gemeinsamen Gespräche während des Gallery Walks hervor. Bei so hoher Zustimmung war die Unterstützung des Stadtrates in seiner Sitzung Anfang Februar fast schon reine Formsache. Folglich hat der Stadtrat im Haushalt 2023/24 eine angemessene Summe für die Kinder- und Jugendbeteiligung bereitgestellt, sodass die Umsetzung der Projekte auch finanziell gesichert ist.

Seit Anfang des Jahres werden von der Koordinierungsstelle alle Projektgruppen wieder angeschrieben und zu ersten Planungsgesprächen eingeladen. In diesen Gesprächen bekommen die Jugendlichen die Möglichkeit, den Expert:innen der jeweiligen Fachämter im Detail ihre Ideen vorzustellen und Einblicke in die Planungen der



Stadtverwaltung zu erhalten. Gemeinsam sollen so Möglichkeiten gefunden werden, wie die Ideen der Schüler:innen in die Arbeit der Verwaltung einfließen können oder wie die Verwaltung bei der Initiierung eines neuen Projektes unterstützen kann. Ganz wichtig ist in dieser Phase natürlich auch die pädagogische Begleitung der Projektgruppen, die einerseits durch die Koordinationsstelle und andererseits durch Mitarbeiter:innen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Schulsozialarbeit geleistet werden soll. Da sowohl Stadtteilarbeit also auch Partizipation wichtige Elemente der Kinder- und Jugendarbeit sind, können die Projektgruppen von der Vernetzung, Expertise und Erfahrung der Fachkräfte profitieren. Als Schnittstelle zwischen Jugendlichen und Stadtverwaltung unterstützen sie auch bei bürokratischen Herausforderungen wie Antragsstellungen. Durch die gemeinsame Projektarbeit lernen auf der anderen Seite auch die Jugendlichen die Kinder-, Jugend- und Kulturzentren in Mainz besser kennen und nehmen verstärkt an den Angeboten teil.



Wie diese Umsetzungsphase aussehen kann, wird exemplarisch an den beiden Gruppen „Saubere Stadt“ und „Sauberer Rhein“ deutlich. Gemeinsam werden sie den Entsorgungsbetrieb besuchen und sich vor Ort anschauen, wie die Straßenreinigung in Mainz organisiert wird und welche Projekte die Abfallpädagogik anbietet. Um selbst einen Beitrag für eine saubere Stadt zu leisten, könnten die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit zum Beispiel regelmäßige „Dreck-weg“-Aktionen anbieten und als kleine Challenge zwischen den Häusern eine Art Stadtmeisterschaft daraus

entwickeln. Vielleicht schließt sich über die Schulsozialarbeit auch die ein oder andere Schule mit an.

Das alles sind Ideen, die innerhalb der Projektgruppen diskutiert und weiterentwickelt werden sollen. Dabei werden die Jugendlichen aber immer die Hauptakteure bleiben, denn nur so können bedarfsorientierte Angebote konzipiert werden. Auch Ende dieses Jahres wird in Mainz wieder eine Jugendkonferenz stattfinden. Dann haben neue 8. Schulklassen die Chance, gemeinsam zur Konferenz zu kommen und wem es 2022 gefallen hat, kann sich ebenso wie neu Interessierte wieder freiwillig anmelden. Wir sind gespannt, wie viele Jugendliche 2023 an der Jugendkonferenz teilnehmen werden, wie sie die Entwicklungen der Projektgruppen bewerten, welche neuen Bedarfe geäußert werden und welche Punkte aus 2022 eventuell offengeblieben sind. Auf der Jugendkonferenz reflektiert die Zielgruppe somit immer wieder selbst den laufenden Prozess und kann den Verantwortlichen im Amt für Jugend und Familie Verbesserungsvorschläge mitgeben. Nach dem großen Schritt 2022 wird sich die Kinder- und Jugendbeteiligung in Mainz auch in Zukunft stetig weiterentwickeln und wir sind froh, dass die Kinder und Jugendlichen, die Stadtverwaltung, Kommunalpolitik, Schulen und weitere Kooperationspartner:innen diesen Weg unterstützen und motiviert gemeinsam weitergehen.

AUTOR/IN

Katharina Bertz studierte Erziehungswissenschaft (M.A.) und arbeitete parallel zu ihrem Masterstudium als Schulsozialarbeiterin an zwei Mainzer Grundschulen. Seit Januar 2022 ist sie im Amt für Jugend und Familie der Stadt Mainz Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung und steht den Kindern und Jugendlichen sowie allen Kooperationspartner:innen und Interessierten als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Alle Infos zur Kinder- und Jugendbeteiligung sowie eine Dokumentation der Ersten Mainzer Jugendkonferenz finden Sie unter www.jugend-in-mainz.de.

BRETTEREI – Ein Brett nach dem anderen!

Ja:ba – Offene Jugendarbeit in der Stadt Bamberg

Ja:ba steht für die Offene Jugendarbeit in Bamberg, die durch den von der Stadt Bamberg beauftragten Jugendhilfeträger iSo – Innovative Sozialarbeit umgesetzt wird. Das Team aus Sozialpädagog:innen, Erzieher:innen, FSJler:innen, Bufdis und Praktikant:innen beschäftigt sich mit all dem, was die junge Generation in ihrer Freizeit bewegt. Angefangen von offenen Angeboten in den Jugendtreffs, über Workshops, Aktionen oder längerfristige Projekte, bis hin zu Veranstaltungen junger Kultur – Ideen, Wünsche und Visionen der jungen Menschen dürfen hier wachsen und Realität werden. Dabei sind stets die Expert:innen selbst gefragt: die Jugend Bambergs.

Denn Ja:bas Verständnis von Partizipation ist, dass die Jugendlichen mit ihrem Bedarf Anstöße liefern und mit Unterstützung der Pädagog:innen den Herausforde-

rungen entgegentreten. Dabei heißt es: gemeinsam Räume aneignen, gestalten sowie Projekte erfolgreich umsetzen. Durch die aktive Mitbestimmung und Mitgestaltung, die auch über die Grenzen der Einrichtung hinaus wirkt, werden Heranwachsende gefordert, gefördert und befähigt, sich im weiteren Verlauf ihres Lebens eigenständig und selbstbestimmt an demokratischen Entscheidungsprozessen der Gesellschaft zu beteiligen. So gestalten sich die generellen Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der Offenen Jugendarbeit Bamberg facettenreich, wie zum Beispiel in Form der kreativen Gestaltung im und am Haus (legale Graffiti-Flächen), sowie im Kreativraum (Offenes Fotolabor und Nähwerkstatt) und Konzerte (Unterstützung von ehrenamtlichen Gruppen), aber auch Tanz und Medienprojekte (Jugendpodcast Speak-Up!). Das jüngste und prägendste Partizipationsprojekt ist seit 2021 das neue Herzstück des Jugendzentrums am Margaretendamm (JuZ): die Bretterei.

iSo – Innovative Sozialarbeit

Der 1985 gegründete Verein **Innovative Sozialarbeit e. V.** – Verein für soziale Dienstleistungen – und die 2009 gegründete **iSo gemeinnützige Gesellschaft mbH** mit Sitz in Bamberg sind in verschiedenen Bereichen der Jugendhilfe tätig: städtische, gemeindliche, schulbezogene sowie familien- und gruppenorientierte Sozialarbeit. Die Organisation ist überregional anerkannt, gemeinnützig und beschäftigt über 300 Mitarbeiter:innen. iSo ist Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband. **Weitere Informationen über den Träger unter www.iso-ev.de**



Verleihfenster zu Coronazeiten (Foto: Rahel Metzner)

Pandemie und (k)ein Brett vor dem Kopf

Die Pandemie-Situation stellte alle vor große und neue Herausforderungen. Regelungen, wie beispielsweise Kontaktbeschränkungen, erschwerten die Angebotsdurchführung im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Nahezu alle Angebote wurden deshalb in den digitalen Raum verlagert, um den Anschluss zur Jugend nicht gänzlich zu verlieren. Für Kinder und Jugendliche war die Isolation besonders prägend und herausfordernd, da sie während der Identitätsfindung auf soziales Miteinander angewiesen sind. Die #wirbleibenzuhause-

Motivation 2020 ließ bei vielen Heranwachsenden schnell nach, sodass sie sich auf der Suche nach Bewegungsfreiheit und Begegnungsmöglichkeiten in den öffentlichen Raum begaben. Da zudem der Kontaktsport stark eingeschränkt war, rückten der Einzelsport, z. B. das Skaten, in den Vordergrund. Durch die Pandemie wurde für das ja:ba-Team sichtbar, dass der Zugang zum Skaten für viele Jugendliche aufgrund der Kostspieligkeit des Einzelsports erschwert ist. Ein klares Auftragsthema für die offene Jugendarbeit – ein Partizipationsprozess entstand. Jugendliche redeten, grübelten und planten mit den ja:ba-Mitarbeiter:innen. Das Ergebnis: die Idee der Bretterei, die zunächst den Verleih von Skateboards sowie die partizipative und nachhaltige Aufbereitung alter Skateboard-Bretter mit Kindern und Jugendlichen umfassen sollte. Ergänzend hierzu sollte sie auch als von den Jugendlichen eigenständiger nutzbarer Werkstatt dienen. Ausgehend von dieser Vision startete die Bretterei im April 2021 als Board-Verleih und Werkstatt im ehemaligen Getränkelerager des JuZ. Das Herausragende der Bretterei war das Brettereifenster, das unter Einhaltung des Mindestabstands als Ausgabeort der Verleih-Skateboards diente und in kürzester Zeit in der Skateszene zu einem beliebten Begegnungsort für einen kurzen Austausch wurde. Dank des Enthusiasmus und zahlreicher Sachspenden der jungen Bamberger Skateszene sowie lokaler Kooperationspartner:innen (TITUS BAMBERG, Skatewood.eu) wurde ein neuer Handlungsraum für junge Skater:innen ins Leben gerufen. Denn Skateboarding stellt nicht nur eine Sportart dar, sondern ist eine Kultur, die Attribute wie Kreativität, Selbstentfaltung, Identitätsfindung und -stiftung sowie das ständige Wachsen an neuen persönlichen Herausforderungen verbindet. Für die Meisten ist Skaten nicht nur eine

Freizeitbeschäftigung, sondern eine Lebenshaltung.

Skate-(T)Raum im JuZ – Vom Skateboardverleih zur Skatehalle

Im Kontext des Skateboardens wurde eine weitere Herausforderung für die jungen Skater:innen sichtbar, nämlich das Platzproblem auf den ausgewiesenen Anlagen und Plätzen in Bamberg. Deshalb äußerten Bambergs junge Skater:innen den Wunsch zur Neukonzipierung bzw. Erweiterung der bestehenden Mini-Ramp in der bisherigen JuZ-Halle. Diese Herausforderung wurde vom ja:ba- und street:work-Team ernst genommen. Denn in Anbetracht der Ungewissheit der Pandemiedauer, sahen die Pädagog:innen die Möglichkeit, mit und für die Jugendlichen einen Ort zu gestalten, an dem auch in Schlechtwetterzeiten das alljährliche Ausüben des Einzelsports möglich ist. Aus diesem Grund sollte die Mini-Ramp in der JuZ Halle, die zuvor für Gruppenangebote genutzt wurde, mit den Jugendlichen umgebaut und in eine Skatehalle auf 180 m² umfunktioniert werden.

Den Jugendlichen wurde zu Beginn des Planungsprozesses im Mai 2021 die Möglichkeit eröffnet, ihre Projektidee samt Bau-, Finanzierungs- und Umsetzungsplan in wöchentlichen Treffen zu konzipieren. So konnten sie mit ihrer Stimme Einfluss nehmen, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Am 11. Juni 2021 präsentierte die junge Planungsgruppe das Vorhaben dem zweiten Bürgermeister der Stadt Bamberg Jonas Glösenkamp und trat mit ihm in Austausch. Der Projektplan überzeugte, weswegen auch zusätzliche Finanzierungsmittelansprüche über die Stadt Bamberg genehmigt wurden. Ergänzend gab es eine Crowdfunding-Aktion, die proaktiv von den Jugendlichen mit selbstgedrehten Werbeclips in ihren Kreisen beworben wurde. Der Wirkungskreis ragte über Freund:innen und Familie hinaus, sodass letztlich 5.255 Euro zusammenkamen und für Baumaterialien der Halle investiert wurden. Unter sozialpädagogischer und professioneller handwerklicher Begleitung einer lokalen Zimmerei bauten 25 Jugendliche innerhalb einer Sommerferienwoche vom 7. bis 11. September 2021 die Skatehalle



Jugendliche bei der Feinarbeit für Skatehallenelemente (Foto: Rahel Metzner)

um. Anschließend erfolgte in den darauffolgenden Herbstferien mit acht Jugendlichen der Bau von modifizierbaren und austauschbaren Skate-Elementen, die als Besonderheit der Indoor-Skatehalle gelten. Durch sie kommen Eintönigkeit und Langeweile erst gar nicht auf und die Halle bleibt das ganze Jahr für die Jugendlichen attraktiv. Am 16. Dezember 2021 wurde die Skatehalle erfolgreich vom TÜV abgenommen und ist seither in lebhaftem Betrieb. Die offizielle Einweihung und Würdigung aller fleißigen Mithelfenden und Unterstützer:innen erfolgte am 7. Mai 2022 in Form des ersten Skate-Contests mit über zweihundert Besucher:innen und sechzehn Contest-Teilnehmer:innen.

Die Bretterei ist nun ein Ort, an dem Jugendliche neue Bekanntschaften machen können, neue Freundschaften entstehen sowie Gleichgesinnte sich gegenseitig zum Skaten motivieren und antreiben. So umfasst die Nutzerkartei der Bretterei im Zeitraum von Dezember 2021 bis Februar 2023 bereits 450 verschiedene Nutzer:innen, was für einen großen Bedarf und Erfolg spricht.

Festzuhalten bleibt, dass die Jugendarbeit in Bamberg trotz der Pandemie nicht den Kontakt zu den Jugendlichen verloren hat. Stattdessen war durch das partizipative Skateprojekt Bretterei der stetige Kontakt zur Zielgruppe gegeben, sodass kein intensiver, neuer Kontaktaufbau erfolgen musste. Des Weiteren haben die mitwirkenden Jugendlichen durch das Partizipationsprojekt die Erfahrung machen können, dass sie durch ihre Mitwirkung und Engagement auch im jungen Kollektiv mit Gleichgesinnten ihre Visionen umsetzen können. Aus dieser Motivation heraus engagieren sich nun über das Bauprojekt hinaus drei junge Skater:innen im Alter von 14 bis 16 Jahren auch als Bretterei-Multiplika-

tor:innen, die Verantwortung für die Werkstatträumlichkeit sowie die Betreuung und Anleitung der Special Slots (z.B. Eltern-Kind-, Late Night und FLINTA*-Session) übernehmen. Ebenso konnte das ja:ba-Team verzeichnen, dass die Bretterei auch über die Hallen- und Werkstatträumlichkeit hinauswirkt, da eine verstärkte Anbindung der Jugendlichen an die weiteren individuellen Räume und Möglichkeiten des JuZ stattgefunden hat.

Der Jugend gehört die Zukunft!

Zusammengefasst ist die Bretterei für die Bamberger Jugend ein großer Mehrgewinn und steht für partizipative Arbeit der offenen Jugendarbeit Bamberg. Mit diesem Projekt konnte bewiesen werden, dass die Unterstützung der Jugend in ihren Vorhaben und ihren Visionen lohnenswert ist. Denn das Partizipationsprojekt Bretterei, das von Jugendlichen für Jugendliche entstanden ist, wirkt nicht nur nachhaltig. Sondern das Ergebnis zeigt auch anderen Heranwachsenden anderer Jugendszenen und der Stadt, dass sie nicht nur Bewohner:innen, sondern ein unverzichtbarer Teil der Stadt Bamberg sind. Es wird deutlich, dass die Jugendlichen durch ihre Partizipation ihre eigene Zukunft und Umwelt mitgestalten können. Fakt ist: der Jugend gehört die Zukunft!

Was für 2023 auf dem Brett steht? Dazu finden Sie mehr Informationen unter: www.jugendarbeit-bamberg.de

AUTOR:INNEN

Jeannette Nguyen

(ja:ba – Projektteam Bretterei),

Marius Rosner

(ja:ba – Projektteam Bretterei),

Maren Brunner

(Street:work Bamberg)

„Wir und ich im Stadtteil“: Bericht zur Umsetzung des Projektes „Kooperativ in der Kommune – gesellschaftlich-demokratisches Engagement von Kindern und Jugendlichen fördern“ am Standort Steglitz-Nord

Die Idee, gesellschaftlich-demokratisches Engagement bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, wurde bereits 2015/16 in den Einrichtungen des Nachbarschaftsheims Schöneberg mit der GEBE-Methodik¹ erprobt. Im Folgeprojekt ging es darum, nicht nur in den einzelnen Einrichtungen GEBE zu praktizieren, sondern in Kooperation mit anderen Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe (besonders bei dem Träger, dem Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V.) die Themen der Kinder und Jugendlichen in lokale Öffentlichkeiten zu bringen.

Am Standort Steglitz-Nord des Nachbarschaftsheims Schöneberg e. V. (im Folgenden Nachbarschaftsheim) hatten sich die Vertreter*innen unterschiedlicher Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe beim Träger bereits informell in regelmäßigen Abständen getroffen. Dazu gehörten folgende Einrichtungstypen: Kita, Ganztagsbetreuung in der Grundschule, Schulsozialarbeit der Grundschule, Offene Kinder- und Jugendarbeit. In diesem Rahmen wurde die Idee, demokratisches Engagement in Kooperation und Vernetzung gemeinsam zu stärken, von allen mitgetragen. Ein guter Ansatzpunkt war u. a., dass die Kita mit der Ganztagsbetreuung zum Thema „Übergänge“ bereits vernetzende Ansätze entwickelte. Zusätzlich konstruktiv war, dass die Projekte finanzielle Förderung erhalten konnten. Der Bezirk stellte Mittel zur Verfügung

mit dem Auftrag, Jugendhilfe und Schule in Kooperative zu bringen. Damit hatten wir im Prinzip die Möglichkeit, für die einzelnen Projekte bis zu 300 € zur Verfügung zu stellen, insgesamt 1500 €, die jedoch nur teilweise abgerufen wurden. Auf diesem Hintergrund wurde das gemeinsame erste Pilotprojekt geboren mit dem Titel: „Wir und ich im Stadtteil“ und lief von September bis Dezember 2016. Die Vorgehensweise zu diesem Projekt der kooperativen Förderung demokratischen Engagements im Stadtteil wird hier im Weiteren beschrieben. Die einzelnen Projekte sind entsprechend der GEBE-Methode ausschließlich ausgehend von den Themen der Kinder und Jugendlichen entwickelt worden.

Zur Koordination des Prozesses hatte sich ein Team aus drei Personen innerhalb des Standorts Steglitz-Nord gebildet, das jeweils die Netzwerktreffen plante, vorbereitete und durchführte. Das Koordinator*innen-Team bestand aus dem Koordinator für gesellschaftlich-demokratisches Engagement im Nachbarschaftsheim, dem stellvertretenden Leiter des Ganztags an der Sachsenwald-Grundschule und mir, als Koordinatorin der Offenen Kinder- und Jugendarbeit im Jugend- und Familienzentrum Je-ve-Neun. Eine Komponente, die unser Team zusammengebracht hatte, waren Erfahrungen mit der Erprobung des GEBE-Konzepts in der eigenen Arbeit sowie mit den Versu-

chen, die Arbeitsweisen und Methoden in das eigene Team zu implementieren. Denn das waren die Lernschritte der Multiplikator*innenenschulung zu GEBE und KoKoDe² im Nachbarschaftsheim Schöneberg, an der wir parallel teilnahmen.

Gemeinsame Projekte entwickeln

Entsprechend der Aufforderung des KoKoDe-Ansatzes beabsichtigten wir, alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe des Nachbarschaftsheim am Standort stärker zu vernetzen und gemeinsam Kooperationen an den Themen der Kinder und Jugendlichen in unseren Einrichtungen zu orientieren. Um diese Arbeit zu initiieren, wurden die Einrichtungen des Nachbarschaftsheim im Stadtteil zu einem ersten Vernetzungstreffen eingeladen. Aus jedem Team sollten die interessierten Leute freiwillig teilnehmen können.

Die pädagogischen Fachkräfte, die am Netzwerktreffen teilnahmen, wurden im 1. Schritt gebeten, Geschichten und Beobachtungen aus ihrem Alltag mitzubringen, die sie entsprechend der GEBE-Methode erhoben hatten. Wir berichteten uns gegenseitig die Beobachtungsgeschichten und versuchten als 2. Schritt herauszufinden, welche Themen der Kinder und Jugendlichen im Kern der Beobachtungen zu entdecken wären. Wir hatten bereits in unseren ersten GEBE-Versuchen die Erfahrung gemacht, dass eine solche Klärung von Themen oft zu ganz allgemeinen fachlichen Oberthemen führte (Sexualität, Identitätsentwicklung, Freundschaft usw.). Damit bestand aber die Gefahr, sich zu weit von den tatsächlichen Motiven und Interessen der Kinder und Jugendlichen zu entfernen. Wir mussten also einen Weg finden, gleichzeitig die Themenstellung zu analysieren und dabei doch eng an den Formulierungen und Motivations-

kernen der Kinder und Jugendlichen zu bleiben. Wir schlugen deshalb als 3. Schritt vor, dass die Fachkräfte sich in einer Art Rollenspiel in die Perspektive ihrer Kinder und Jugendlichen versetzen sollten. Aus dieser Rolle heraus sollten sie die Themen kommentieren und in der Sprache der Kinder und Jugendlichen bleiben. Entgegen unserer Befürchtung, Rollenspielelemente würden abgewehrt, haben sich alle sehr gut auf die Methode eingelassen. Die Perspektive der Kinder und Jugendlichen blieb präsent und die spiegelt sich auch in jugendgerechten Begriffen wieder.

Im 4. Schritt wurden wichtige Merkmale aus den Erzählungen ihrer Alltagsbeobachtungen für alle Teilnehmer*innen transparent visualisiert. Die Fachkräfte versuchten, jeweils das Thema in der Sprache der Kids auf den Punkt zu bringen.

Im 5. Schritt kam es auch zu einer genaueren Deutung der tatsächlichen Themen der Kids, die sich in den Beobachtungen versteckt hatten. Damit konnten wir nicht nur näher an die wichtigen Themen der Kids herankommen, sondern auch vermeiden, sie zu diagnostizieren, bzw. mit einem Defizitblick zu analysieren. So haben wir die einzelnen Beobachtungen genauer diskutiert und versucht, die möglicherweise für die Kids wichtigsten Themen herauszufinden: Eigene Welten und Bauten konstruieren; Platzmangel beim Bauen (mit Lego und Kaplasteinen); Party feiern; Mitbestimmen und Klassenrat; Zeigen, was wir können; Singen und Tanzen.

Diese Reihenfolge war dann auch die Priorisierung (Arbeitsschritt 6), die wir den Themen gaben. Manche dieser Themen zeigten Gemeinsamkeiten zwischen einzelnen Einrichtungen (zum Beispiel das Thema „Konstruieren und Bauen“, das Kinder in Kita und Grundschule teilten), andere bezogen sich eher auf Kinder und Jugendli-

che in den einzelnen Einrichtungen („Party machen“ nur im Jugendhaus).

Um nicht, wie vorher üblich, alleine in der eigenen Einrichtung solche Themen in den Dialog mit den Kids zu bringen (wie es die GEBE-Methode vorsieht), sondern einrichtungsübergreifend Kinder und Jugendliche in öffentlichkeitswirksame Projekte bringen zu können, hatten wir als 7. Arbeitsschritt eine Bedingung gesetzt. Mindestens zwei Fachkräfte aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen sollten an einem Thema weiterarbeiten, damit tatsächlich über die Vernetzung hinaus konkrete Kooperationen stattfinden konnten. Dadurch kamen Fachkräfte und Einrichtungen zusammen, die im Alltag zuvor alleine mit ähnlichen oder identischen Themen gearbeitet hatten.

Die nächste Aufgabe (Arbeitsschritt 8) für die Teilnehmer*innen war, entsprechend der GEBE-Methode Resonanzen zu entwerfen, also den Kids eine Antwort auf das entdeckte Thema zu geben. Eine Themenstellung kann laut der GEBE-Methode nur realisiert werden, wenn sie mit den Kids ausgehandelt und von ihnen geteilt wird. Im letzten Arbeitsschritt (9) ging es darum, zu den von den Kindern und Jugendlichen im Dialog präzisierten Themen Arbeitsansätze zu finden und mit den Kids geeignete Projektschritte zu entwerfen, umzusetzen und diese öffentlich sichtbar werden zu lassen.

Vier Miniprojekte

Im Verlauf sind so vier kooperative Miniprojekte entstanden.

Das Klassenratsprojekt

Dieses Thema ging auf eine Beobachtung aus der Schulsozialarbeit an einer Grundschule (Klasse 1 bis 6) zurück, in der es nach erstem Anschein um das Thema Mobbing

ging. Bei der gemeinsamen Deutungsarbeit fiel auf, dass die Kinder, die in der Beobachtungsgeschichte angeblich mobbten, auch den Klassenrat ablehnten. Es schien für die Schulsozialarbeit und auch die Lehrer*innen sehr schwierig, mit diesen Kindern bzw. der Klasse zu arbeiten. Wir entdeckten in unserer hypothetischen Analyse hinter der Ablehnung des Klassenrates und dem Mobbing eine Themenstellung, in der es um Unzufriedenheit der Jungen mit den bisherigen Formen der Mitbestimmung ging. Um nun das Thema mit den Betroffenen in den Dialog zu bringen, haben sich die Fachkräfte vorgenommen, dreizügig zu verfahren: Zunächst ging es darum, mit den Klassensprecher*innen der Schule ins Gespräch zu kommen, ob der Klassenrat aus ihrer Sicht ein gutes Instrument sei und zu fragen, ob sie an einer gemeinsamen Erforschung der Umsetzung und Kritiken an den üblichen Formen der Mitbestimmung mitmachen wollten (1). Ein Kollege hat den Jungen, die mobbten, ein Bild von Trump gezeigt und ist mit ihnen in den Dialog gegangen, um zu überprüfen, ob Mitbestimmung ihr Thema war (2). Er hat ihnen provokativ einen autoritären „Oberbestimmer“ vorgeführt, um im Dialog darüber zu prüfen, ob sie wirklich gegen Beteiligung waren und um was es ihnen genau ging. Am Beispiel Trump thematisierten die Jungen das Problem von autoritärer Herrschaft und kamen von dadurch auf das Gegenbild einer gemeinsamen demokratischen Mitbestimmung.

Aus dieser Diskussion mit den (vorher als Mobber beschriebenen) Kindern im Offenen Bereich des Jugendhauses entstand die Idee, auch die anderen Kinder, die in diese Klasse gehen, zu befragen, welche Form der Mitbestimmung sie sinnvoll und wirksam finden. In diesem Schritt der Resonanz und der gemeinsamen Diskussion über das Thema mit den Kindern wandelten

diese sich von der Rolle der Unzufriedenen zu konstruktiven Gestaltern an der Mitbestimmungsfrage. Sie beachteten nicht nur ihre eigene Unzufriedenheit, sondern begannen, auch die anderen Kinder (auch Mädchen) einzubeziehen. Damit wurde eine Perspektive auf die Schule als Gemeinwesen eröffnet. Die Fachkräfte begleiteten diesen konstruktiven Prozess in weiterer Kooperation.

Das Bauprojekt – Baugruppe 1

Eine weitere kooperative Gruppe von Fachkräften (Baugruppe 1) hat das Thema Konstruieren und Erhalten gewählt. Das Thema entstand aus der Beobachtung des Alltags. Die Kinder beschwerten sich häufig darüber, dass sie zum Wochenende ihre Konstruktionen aus Lego und Kapla Bausteinen abbauen mussten. Zudem wurde ein schön gebautes Modell in den Herbstferien von Unbekannten zerstört. Die Fachkräfte kannten schon aus vorangegangenen Gesprächen diese Kritik der Kinder und übersprangen den Dialog, indem sie den Kindern eine Vitrine als Ausstellungsfläche für die Bauwerke besorgten. Außerdem ermöglichten sie den Kindern, Fotos von den Bauwerken zu machen und diese öffentlich auszustellen. Im Prozess wurde den Kindern deutlich, dass sehr viele digitale Fotos entstanden. Gemeinsam wurde überlegt, wie diese präsentiert werden könnten, und mit den Projektgeldern wurde ein digitaler Bilderrahmen gekauft, der im Chillbereich der Ganztagschule installiert wurde. Die Kinder konnten dort nun ihre Fotos der eigenen Bauwerke präsentieren.

Das Bauprojekt – Baugruppe 2

Eine andere Gruppe (Baugruppe 2) entdeckte, dass das Konstruieren und Bauen sowohl in der Kita, als auch in der Grundschule ein wichtiges Interessensfeld der

Kinder war. Die Ganztagsbetreuung in der Grundschule bietet regelmäßig Nachmittagsangebote an, die sie „Werkstätten“ nennen. Um den Kindern aus der Kita auch mit dem Thema Konstruieren und Bauen einen Übergang in die Grundschule zu ermöglichen, sollten sie in diese Werkstätten eingeladen werden. Dieser Plan wurde allerdings nicht umgesetzt, denn die Rahmenbedingungen der einzelnen Einrichtungen, wie Schulzeiten, Schlafenszeiten in der Kita, Essenszeiten usw. machen es schwer, gemeinsame Zeiten und Handlungsräume zu finden. Hier zeigt sich eine schon allein organisatorische Schwierigkeit der Kooperation der Einrichtungen, die gewohnt sind, nur ihre Rahmenbedingungen zu beachten und es entsprechend kompliziert finden, andere Rahmenbedingungen zu berücksichtigen. Manche Projekte scheiterten also, weil die Fachkräfte aus verschiedenen Gründen nicht an den Themen und Interessen der Kinder und Jugendlichen dranblieben.

Das Partyprojekt

Das von den Fachkräften priorisierte Partyprojekt ist aus dem Entdecken der jugendlichen Themen „Geld verdienen“ und „gerne organisieren“ entstanden. Hier waren zwei Kooperationspartner beteiligt: die Offene Kinder- und Jugendarbeit des Jugendhauses JeverNeun und die Ganztagsbetreuung der Sachsenwald Grundschule. Als Resonanz sind die Kolleg*innen mit den Jugendlichen in ihren Einrichtungen in den sprachlichen Dialog gegangen, um zu klären, ob „Party organisieren“ und damit auch „Geld verdienen“ tatsächlich ihr Thema sei. Das wurde deutlich im Dialog bestätigt.

Für dieses Geld kauften die beteiligten Kinder und Jugendlichen Mikrofone, mit denen auf der Party selbst gesungen und gerappt werden konnte. Darüber hinaus wollten sie durch die Party Geld verdienen und

haben das getan, indem sie auf der Party Pommes verkauften. Bei den Vorbereitungen wurde allerdings deutlich, dass es nicht nur um Geld ging, sondern besonders auch darum, sich bei der Party mit eigenen Tanz- und Singfähigkeiten zu präsentieren. Ihnen war es also wichtiger, eine Talentshow zu entwickeln, die dann auch umgesetzt wurde. Hier zeigt sich erneut, dass eine Prozessorientierung besonders wichtig ist. Selbst wenn ein Thema erkannt und durch die Kinder und Jugendlichen bestätigt wurde, zeigen sich im Laufe der Arbeit neue Themen, die sich entwickeln oder hinter dem zunächst genannten Thema lagen.

Für jedes Projekt standen 300 € zur Verfügung. In den sonst üblichen Projekten sind meist die pädagogischen Fachkräfte diejenigen, die auch darüber entscheiden, wie Geld ausgegeben wird und was dafür angeschafft wird. Hier aber entschieden die Kinder und Jugendlichen, wie dieses Geld für ihr Projekt verwendet werden sollte. Die Anträge, um an eine Finanzierung zu kommen, werden häufig von Fachkräften geschrieben und gestellt. Das ist keine kindgerechte Beteiligungsform. Daher überlegten wir uns, dass die Kinder sich durchaus Gedanken machen könnten, was sie für ihren Prozess benötigten und auch selbst abschätzen bzw. recherchieren sollten, welche Kosten entstehen. Ziel war es, sie weitestgehend zu Mithandelnden zu machen bzw. ihnen nicht durch die Fachkräfte das eigenständige Handeln und die Mitverantwortung abzunehmen; andererseits aber doch wo nötig zu unterstützen. Wir stellten aber auch fest, dass nicht in allen Projekten so viel Geld notwendig war und es wurde nicht die gesamte, zur Verfügung stehende Summe von 1.500 € abgerufen. Obwohl Fachkräfte oft glauben, dass Projekte nur funktionieren können, wenn viel Geld zur Verfügung steht, zeigt sich hier, dass Geld zwar

nicht unwichtig, aber auch nicht der einzig ausschlaggebende Punkt für mögliches Projekt handeln ist.

Von den Kooperationsprojekten in den Einrichtungen hinaus in die Öffentlichkeit

Um uns weiter über den Fortgang der Kooperation auszutauschen, war noch ein weiteres Vernetzungstreffen mit allen Teilnehmer*innen vorgesehen, aber gleichzeitig auch Treffen der einzelnen Projektgruppen. Einerseits wollten wir Kooperationen durch die Zusammenwirkung in den einzelnen Projekten erreichen, andererseits aber auch einen Schritt in die kommunale Öffentlichkeit über die Einrichtungen hinaus wagen. Wir suchten nach einer Möglichkeit, alle Projekte der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil sichtbar zu machen. Wir beschlossen als Abschluss des gesamten Projektprozesses zunächst eine Werkschau, in der alle Beteiligten ihren Prozess und ihre Ergebnisse anderen Menschen des Stadtteils präsentieren und mit ihnen diskutieren konnten.

Um auch eine Kommunikation zwischen den präsentierenden Kindern und Jugendlichen und anderen Menschen im Stadtteil zu ermöglichen, wollten wir einen methodischen Rahmen schaffen, der sicherte, dass die Kinder und Jugendlichen Resonanzen von anderen Menschen aus dem Stadtteil erfahren konnten. Es ging darum, die interessierten Menschen zu ermutigen, den Kindern und Jugendlichen Antworten auf ihre Projekte zu geben und mit ihnen darüber in Austausch zu kommen. Es war uns besonders wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen eine Rückmeldung im Blick auf ihre Selbstwirksamkeitserwartungen bekommen konnten.

Damit ist unsere prinzipielle Intention beschrieben, wir starteten aber zunächst

mit einem kleinen Schritt, in dem zunächst die bisherigen Projektergebnisse der Einzelprojekte in einer Werkschau einer ausgewählten Öffentlichkeit präsentiert wurden. Die Fachkräfte mussten dazu in ihren Teilprojekten mit den Kindern und Jugendlichen besprechen und planen, entscheiden und vorbereiten, wie sie ihre Projekte in dieser Werkschau anderen zeigen wollten. Die Kinder und Jugendlichen sollten entscheiden, wer zu der Schau eingeladen wurde. Zu den Eingeladenen gehörten Eltern, Lehrer*innen, auch die Schulleitung, Erzieher*innen und andere Fachkräfte aus den Jugendeinrichtungen, andere Kinder und Jugendliche.

Besonders wichtig war es, mit den Kindern und Jugendlichen zu planen, wie sie sich im großen Saal des Jugendhauses mit ihren Projekten präsentieren wollten. Die Kinder konnten den Saal vor der Präsentation ansehen, sich vertraut machen und für sich eine geeignete Ecke auswählen, wo und wie sie ihre Themen und Werke sichtbar machen wollten. Wir gingen davon aus, dass die Kinder und Jugendlichen letztlich selbst darüber entscheiden mussten, welche Öffentlichkeit und Orte sie wählen und wie sie ihre Themen präsentieren wollten.

Eine öffentliche Präsentation wie unsere geplante Werkschau erzeugt häufig bei den Fachkräften Druck, gute Ergebnisse präsentieren zu wollen. Das verführt dann dazu, alles selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollten uns stattdessen aber zurückhalten und die Kinder dabei unterstützen, die für sie geeigneten und machbaren Öffentlichkeiten und Präsentationsweisen auszuwählen und umzusetzen.

Die Werkschau war dann aus Sicht der Beteiligten sehr erfolgreich. Es kamen die Eingeladenen in ausreichender Zahl und sie gaben den Kindern und Jugendlichen sehr gute Rückmeldungen. Teilweise haben die

Projekte auch auf der Werkschau schon an ihren Inhalten weitergearbeitet.

Jungen aus dem Klassenratsprojekt zum Beispiel haben andere Kinder und Jugendliche ebenso wie Lehrer*innen zu ihrer Forschungsfrage befragt. Die Direktorin der Grundschule hatte sich das Erklärvideo zum Klassenrat angesehen und war davon sehr begeistert. Sie besprach das Thema auch auf der Werkschau mit den Jungen und signalisierte damit deutlich, dass ihr das Thema wichtig war und es weiter in der Schule umgesetzt werden sollte. Die öffentliche Präsentation führte hier dazu, dass die Projekte in den einzelnen Institutionen bekannt wurden und dort auch in Zusammenarbeit mit anderen weiter vorangebracht wurden.

Kooperationsprojekt Stadtteilstift

Nachdem die beteiligten Einrichtungen sowie die Kinder und Jugendlichen mit der Werkschau positive Erfahrungen gemacht hatten, wollten wir uns in eine größere Öffentlichkeit wagen. Dazu bezogen wir uns auf bereits bestehende Vernetzungsstrukturen im Kiez Steglitz-Nord. Wir luden neue Kooperationspartner*innen ein und insgesamt beteiligten sich neun einzelne Organisationen an dem nächsten Projektschritt: Domicil - Seniorenpflegeheim Bergstraße GmbH, Evangelische Lukas-Kirchengemeinde Berlin-Steglitz, Familienbildung des Jugend- und Familienzentrums JeverNeun (Nachbarschaftsheim), Ganztagsbetreuung der Sachsenwald Grundschule (Nachbarschaftsheim), Gemeinnützige Baugenossenschaft Steglitz eG (GBSt), Kita Jeverstraße (Nachbarschaftsheim), Offene Kinder- und Jugendfreizeit des Jugend- und Familienzentrums JeverNeun (Nachbarschaftsheim), Sachsenwald Grundschule und die Schulsozialarbeit der Sachsenwald Grundschule (Nachbarschaftsheim). Unser

Vorschlag bestand darin, das bereits seit mehreren Jahren veranstaltete Straßenfest auf neue Weise für Kinder und Jugendliche, aber auch für die Zielgruppen der anderen beteiligten Organisationen als Öffentlichkeit zu erschließen. Gemeinsam stellten wir fest, dass das Stadtteilstef zunehmend eine Veranstaltung der Hauptamtlichen geworden war und sich kaum noch Bürger*innen selbst aktiv an der Gestaltung des Festes beteiligten. Die gemeinsame Idee war allerdings, dass das Straßenfest von und für Nachbarn organisiert wird, also von allen, die im Stadtteil wohnen.

Wir informierten die hinzukommenden Organisationen über die GEBE-Methode und den KoKoDe-Ansatz. Wir schlugen ihnen vor, bereits im Rahmen des Nachbarschaftsheims ausgebildete GEBE-Multiplikator*innen in ihren eigenen Einrichtungen zu nutzen, und mithilfe der Methode Themen ihrer Adressat*innen in Blick auf das Straßenfest zu entdecken und mit diesen zu realisieren. Das galt also zum Beispiel für das Altenheim, die Wohnungsgenossenschaft und die Kirchengemeinde. Die beteiligten Fachkräfte stimmten zu und haben sich auf die Methode und die Multiplikator*innen eingelassen. In den nächsten Vernetzungstreffen berichteten wir gegenseitig von den entdeckten Themen. Dabei brachten wir auch die vorhandenen Projekte wie Klassenrat, Baugruppe, Party machen usw. aus der ersten Phase ein. Obwohl die neuen an der Kooperation Beteiligten die Methode sehr positiv aufnahmen, klappte der Transfer von Beobachtungen und gemeinsamer Bestimmung von Themen in der Vernetzungskonferenz nicht immer. Das hatte meistens auch profane Gründe wie Zeitmangel, Urlaub, Krankheit usw., aber auch die ungewohnte Methode, eigene Aktivitäten ausgehend von den Adressat*innen zu planen, wurde nicht immer konsequent umgesetzt.

Wir gingen davon aus, dass Menschen sich aktiv beteiligen und mitgestalten möchten, wenn sie ihre Interessen, Themen und Anliegen einbringen können. Die Nachbarn sind bereit, sich für die Gemeinschaft im Stadtteil aktiv zu engagieren, wenn sich die eigenen Themen darin wiederfinden und man auch eigene Interesse verfolgen kann.

Bei unserer gemeinsamen Sammlung von Themen und Interessen beschlossen wir nicht nur auf die schon bekannten Projekte von Mitbestimmung in der Schule und Aktivitäten des Bauens und konstruieren, sondern etwa auch auf die Perspektive der Bewohner*innen des Altenheims einzugehen, die das Straßenfest kritisierten, weil für sie dort nicht genug Sitzgelegenheiten waren und sie ihre eigene Interessen bisher kaum einbringen konnten. Sie wollten jedoch nicht nur Sitze und Stühle, sondern auch ihre begeistert betriebene Aktivität des Mandalamalens in das Fest einbringen. Als ein weiteres Ergebnis der Kooperation mit dem Seniorenpflegeheim zeigte sich später auch, dass die Moderation der Bühne auf dem Straßenfest gemeinsam von einem Bewohner des Altenheims und von einem männlichen Jugendlichen aus dem Jugendzentrum übernommen wurde.

Um die Themen der Gruppen anzusprechen und die Gemeinsamkeit des Projektes zu verdeutlichen, entwickelten wir die Idee, ein gemeinsames Plakat zur Einladung zum Straßenfest zu entwickeln. Auf diesem Plakat sollten die unterschiedlichen beteiligten Bürger*innen (und ihre Einrichtungen) sich mit für sie wichtigen Symbolen und Zeichen präsentieren. In allen Einrichtungen wurden also die Teilnehmenden gebeten, Symbole zu zeichnen, auszuschneiden, zu fotografieren, usw., die für ihre eigene Gruppe typisch waren. So haben zum Beispiel die Kinder und Jugendlichen ihre Handys fotografiert, Screenshots von Kon-

struktionen in Minecraft eingereicht, Mitglieder der Kirchengemeinde haben Fotos des Kirchturms und ihrer Bücherei mitgebracht, die Zirkusgruppe Zeichnungen vom Auftritt abgegeben, usw. So entstand eine kleine Bildersammlung, die dann als Ausstellung im Jugendhaus, in der Ganztagsbetreuung und auf dem Straßenfest zu sehen war. Die einzelnen Gruppen präsentierten sich über die für ihre Interessen stehenden Symbole. An der Aktion beteiligten sich 42 „Künstler*innen“ des Stadtteils.

Eine Grafikerin wurde beauftragt, alle Symbole in das Einladungsplakat zum Straßenfest zu integrieren. Die Aktion selbst erzeugte für alle schon diesen Zusammenhang und repräsentierte ihn auch für das Straßenfest, das schließlich Mitte September 2017 stattfand.

Durch die verschiedenen Aktionen engagierten sich zusätzlich zu denen der letzten Jahre über hundert Bürger*innen unterschiedlichsten Alters an der Gestaltung und der Organisation des Straßenfests. Die unterschiedlichen kleinen Projekte bewirkten, dass die Beteiligten im eigenen Sinn Werbung für das Stadtteilfest machten. Das Seniorenpflegeheim gestaltete einen Stand mit Tischen und Stühlen, an denen die alten Leute zusammen mit Kindern und Jugendlichen Mandalamalen anboten und die Besucher*innen des Stadtteilfestes dazu einluden. Es entstanden viele schöne Begegnungen über die Generationen hinweg. Mit den besseren Sitzgelegenheiten und ihrem Thema sahen sich auch die Senior*innen in das Straßenfest integriert und fühlten sich als aktive Beteiligte anerkannt.

Das Projekt Klassenrat präsentierte sich mit den Ergebnissen seiner Aktivitäten. Ausgehend vom Thema zeigte die Forschungsgruppe ihren Weg von der Gründung über ihre Untersuchung des Themas Mitbestimmung an ihrer Schule. Ihr Enga-

gement war der Entwurf eines Fragebogens, mit dem ca. 300 Kinder an der Schule zu ihrem Klassenrat befragt wurden. Insgesamt kamen 70 Fragebögen zurück. Außerdem interviewte die Forschungsgruppe in allen Klassen ab der 3. Klasse eine jeweils repräsentative Gruppe, bestehend aus ca. 4 Schüler*innen (insgesamt ca. 50). Durch das Engagement entstand eine breite Diskussion des Themas Beteiligung und Mitbestimmung in der ganzen Schule. Auf dem Straßenfest konnten diese Ergebnisse präsentiert und mit weiteren Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen diskutiert und erweitert werden. Dadurch wurde das Thema der Partizipation explizit auch auf dem Straßenfest eingebracht.

Das Thema Bauen wurde in Kooperation mit der Baugenossenschaft auf dem Stadtteilfest präsentiert. Auf vielfältige Weisen haben sich die jungen Menschen dazu eingebracht. Bauwerke aus Kapla sind entstanden, wurden erhalten und konnten gezeigt werden. Die Kinder als Expert*innen digitalen Bauens, z. B. in Minecraft, konnten ihr Wissen an andere weitergeben. So bauten sie auf dem Stadtteilfest Computer und Bildschirme auf und führten auch Erwachsene in dieses (sonst für diese Gruppe häufig unbekannt) digitale Spiel ein.

Auch wir als Koordinator*innen des Prozesses haben einen Stand gestaltet und die Bürger*innen über die Vorgehensweise im Projekt informiert und die Ergebnisse auf dem Stadtteilfest dokumentiert.

Fazit

Auch wenn es teilweise doch Tendenzen der Fachkräfte gab, alles selbst organisieren zu müssen, wurde doch die Beteiligung von Nachbarn deutlich gestärkt, mit einem besonderen Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche. Die GEBE-Methode und der Ver-

such, Themen der Bürger*innen im Stadtteil kooperativ in die Öffentlichkeit einzubringen, wurde von den beteiligten Fachkräften und ihren Einrichtungen sehr positiv aufgenommen und als wichtige weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit akzeptiert. Einige O-Töne der am Projekt beteiligten Fachkräfte waren: „Es ist toll, wenn sich die Kinder für ihre Dinge einsetzen.“, „Die Arbeitsweise funktioniert nicht nur

für sozialpädagogische Fachkräfte.“ „So zu arbeiten hilft, die Achtsamkeit für die Themen der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten.“

* Gekürzter Beitrag, erschienen in: **Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern** – Band 3, Hsg. **Benedikt Sturzenhecker, Thomas Glaw, Moritz Schwerthelm**, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2020, S. 92 ff., ISBN 978-3-86793-90-1

AUTOR/IN

Nina Vormelchert, Kindheitspädagogin (B. A.) und Erzieherin, Referentin für Partizipation, politische Bildung, Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bei der BAG OKJE e.V., weitere freiberufliche Arbeitsschwerpunkte Eröffnung demokratischen Engagements in der Kommune.

Anmerkungen

- 1 „Gesellschaftliches Engagement Benachteiligter in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit fördern“ (GEBE) ist ein erprobter und evaluierter Arbeitsansatz, der die Themen junger Menschen in den Mittelpunkt stellt. Mit neue Handlungsweisen und Methoden für Fachkräfte in der OKJA richtet sich GEBE auf die Kernaufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit; §11 SGB VIII: Sie soll u. a. für (benachteiligte) Kinder und Jugendliche gesellschaftliches Engagement ermöglichen.
- 2 Kooperativ in der Kommune demokratisches Engagement (KoKode) zeigt Wege auf, wie Akteure im Sozialraum mit dem GEBE- Ansatz einrichtungsübergreifend demokratisches Engagement von jungen Menschen stärken. Der Ansatz wendet sich an alle Fachkräfte und Träger im Feld der Kinder- und Jugendhilfe, etwa Kindertageseinrichtungen, Ganztagsbetreuung, Hilfen zur Erziehung, Schulsozialarbeit, Jugendverbände, Eltern- und Erziehungsberatung, Jugendkulturarbeit und Vereine.

Die Spielstadt Mini-München – Stadt der Kinder

„Als ich die Sporthalle auf dem Olympia-Gelände mit der darin aufgebauten ‚Kinderstadt‘ Mini-München zum ersten Mal betrat und, von oben, in verschachtelte Räume, Gassen und Plätze blickte, konnte ich mich lange nicht von der Stelle rühren, so fand ich mich durch das Bild berührt“, resümiert GERT SELLE, Professor für ästhetische Erziehung in Oldenburg, seinen ersten Blick auf die Spielstadt und fährt fort: „Als moderner pädagogischer Entwurf hat sich das Mini-München-Großprojekt im Diskurs glänzend bewährt ... Weshalb war ich, der kühl Beobachtende mit dem fremden Blick, plötzlich so hingerissen von der Bildhaftigkeit des Ortes, an dem alles Geschehen sich verdichtete – von der jeden Tag erwachsenden, aufs Neue von den Kindern belebten Stadt am Boden der Halle, geschützt, verheißungsvoll aufgeladen mit Teilhabeversprechen an einem unbekanntem Leben voller Ereignishaftigkeit? ... Täglich entsteht da als gewollte Antwort auf die Situation eine ‚soziale Plastik‘, wie Beuys sie sich vorgestellt haben mag: das immer wieder selbstreproduktiv erneuerte Spielstadt-Geschehen als Prozess oder Struktur in der Zeit an diesem Ort als Geflecht sozialer Wahrnehmungen, Beziehungen und Produktionen.“ (GERT SELLE, 1992)¹

Gleich, ob man die Spielstadt Mini-München als immer wieder neu verabredetes und variantenreiches Spiel der Kinder, als visionäres pädagogisches Projekt oder als eigenständiges ästhetisch-künstlerisches Produkt, eine sich permanent verändernde

soziale Plastik, betrachtet – aus jedem dieser Blickwinkel ist sie diskussionswürdig.

Sie widersetzt sich, ausgehend von ihrer Grundstruktur, den vereinbarten Regeln und der didaktisch legitimierten Inszenierung, den üblichen pädagogischen Gewohnheiten. Einfache Regeln wie eine eigene Inszenierung dienen dazu, den Kindern einen produktiven Handlungsrahmen zu schaffen, in dem sie selbstorganisiert handeln können.

Wer sich erst einmal aktiv wahrnehmend auf die Spielstadt einlässt, sich Zeit nimmt, um zu erfassen, wie die vielen einzelnen Handlungen und Tätigkeiten in Bezug zueinander stehen, stellt unweigerlich fest, dass all dies nur als „Leben“ beschrieben werden kann. Die Spielstadt stellt eine für Kinder aktuelle Wirklichkeit dar. Sie unterscheidet sich zwar von der realen (Erwachsenen-)Welt, bezieht aber aus ihr die Erfahrungen und Referenzen, die die Kinder für ihr eigenes Spiel benutzen.

Stadt als Spiel

Die Idee ist so einfach wie universell: Mit verschiedenen Einrichtungen – Läden, Werkstätten, Bank, Post, Rathaus, Müllabfuhr, Bibliothek, Gärtnerei, Stadtplanungsbüro, Theater, Kaufhaus und vieles mehr – wird eine Stadtlandschaft als Aktionsfläche für ein urban anmutendes Milieu zur Verfügung gestellt. Die darin angelegten Spielrollen können von den Kindern übernommen, ausgestaltet und interpretiert werden.



Je nach Vorerfahrungen und Wissen über diese Einrichtungen, steigen die Kinder in die verschiedenen Spielrollen ein und kommen nach und nach im gemeinsamen Spiel an: Beziehungen entstehen, Kommunikationen, Handlungsnetzwerke und Vereinbarungen entwickeln sich. Die Stadt wird zum hochdynamischen Ensemble.

Die Grundregeln, arbeiten, studieren, Geld verdienen und ausgeben, Kultur und Politik machen, sind rasch vereinbart, sie sind – wie bei allen Spielen – von den Kindern zu bestätigen bzw. neu untereinander auszuhandeln. Einfache Rituale erleichtern den Spieleinstieg, sich einen Stadtausweis holen oder der obligatorische Gang zum Arbeitsamt am Beginn des Spieltags.

Ein allen Kindern bekanntes Tauschmittel ist Geld, Spielgeld, das in den städtischen Betrieben verdient und auch ausgege-

ben werden kann. Die damit in Gang gesetzte Dynamik des Austausches und Verhandeln wird gesteigert durch Steuern, Abgaben, ein regulierendes Banksystem sowie reale Erwerbsanreize.

„Wir tun so, als ob es eine Stadt wäre ...“ – das ist die grundlegende Übereinkunft. Innerhalb dieses Settings kann sich das Spiel variantenreich entfalten. Dies vor allem auch deshalb, weil die Spielmaterialien und die Grundinszenierung es zulassen, dass Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit innerhalb der Handlungen ausdrücklich möglich sind. Unterschiedliche Interessen und Fähigkeiten, Erfahrungshintergründe, Communities, von außerhalb der Spielstadt und neu in der Spielstadt entstandene, kommen dann zum Tragen, wenn die Spielrollen von den Kindern selbst stark ausdifferenziert und verändert werden können. Verstärkt

Die **Spielstadt Mini-München** bietet auf einer Spielfläche von etwa 6.000 m² (überbaut, Indoor) und weiteren 6.000 m² (Outdoor) und in verschiedensten Spielrollen für täglich bis zu 2500 Kinder einen gemeinsamen Handlungsraum. Konzipiert als „Schule des Lebens“ (Grüneis/Zacharias 1988) ist dieses alle zwei Jahre stattfindende Ereignis nicht nur das größte Ferienprojekt der Landeshauptstadt München, sondern auch ein an Komplexität und Pluralität von Interaktions- und Kooperationsmöglichkeiten unübertroffener Spiel- und Lernraum für Kinder und Jugendliche von 7 bis 15 Jahren.

Es gibt dort Berufe, eine Währung (MiMüs), über sechzig verschiedene Betriebe, Hochschulen, Kleinunternehmen, hunderte selbstorganisierte Ereignisse und Veranstaltungen. Mini-München ist ein Konstrukt auf Zeit, über drei Wochen lang in den Sommerferien.

Möglich ist dieser real-symbolische und komplexe Stadtraum durch eine systematische Kumulation und Verdichtung von vorhandenen Kontakten, Vernetzungsstrukturen, Themen, Fachleuten, Kompetenzen, Projekten, Material, Methoden und Ausstattung einerseits und der Verabredung mit Kindern und Jugendlichen andererseits, gemeinsam ein Stadtleben zu schaffen.

Ort: zuletzt Gelände des Showpalasts, Fröttmaning; sehr gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, Anbindung an die Stadtteile des Münchner Nordens.

Teilnahme-Modalitäten: kein Eintritt, keine Anmeldung möglich, Mitspielausweis kostenlos, Kinder und Jugendliche entscheiden selbst über Dauer und Häufigkeit ihres Besuchs; Anmeldung für Gruppen ab zehn Personen notwendig.

Besondere Einrichtungen und Themenschwerpunkte: Zoff-Akademie, Ereignistage, Olfaktorik, Kinderküche und Restaurant, Haus International, Beteiligung von Handwerksbetrieben und Innungen, Japanhaus, Radiostation, Forschungsstadt, Börse.

Mitspielende: bis zu 2500 Kinder täglich, etwa 30.000 pro Jahr im Alter von 7–15 Jahren.

Mitarbeitende: 230 erwachsene Akteur*innen, inkl. Personal der Kooperationspartner, Praktikant*innen, täglich ca. 150 aus allen Berufsgruppen, Sozial- und Kulturpädagog*innen, Künstler*innen, Handwerker*innen, Lehrer*innen, Student*innen aller Fachrichtungen, Forscher*innen, ehemalige Mini-Münchner*innen mit Spezialqualifikationen.

Voluntärsmodell: ehemalige Mini-Münchner*innen (ab 16 Jahren) können zwei Wochen lang die Spielstadt Mini-München als Betreuer*innen miterleben.

Kooperationsstrukturen: Beteiligung von rund vierzig Einrichtungen mit punktuellen oder durchgehenden Beiträgen: städtische Referate, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Vereine und Verbände, Unternehmen, Firmen.

Finanzierung: Sondermittel der LH-München, Mittel aus dem städtischen Jahresetat des Trägers Kultur & Spielraum e.V., über weitere Mitveranstalter, Sponsoren, Spenden.

Veranstalter: Kultur & Spielraum e. V. im Auftrag des Stadtjugendamtes/Jugendkulturwerk München und des Sozialreferates der Landeshauptstadt München.

Margit Maschek, Mitglied des Organisationsteams Mini-München

Kontakt: Kultur & Spielraum e.V.

minimuenchen@kulturundspielraum.de · www.mini-muenchen.info



wird dieser Effekt noch dadurch, dass die einzelnen Handlungen und Tätigkeiten „Folgen“ haben. Es werden zu gebrauchende Möbel aus Holz hergestellt, im Laden Waren verkauft, die in den Spielstadtwerkstätten produziert wurden, im Restaurant Speisen serviert, die in der Küche von den Kindern zubereitet wurden.

Das funktioniert nur, wenn Erwachsene den Kindern den Betrieb der Spielstadt auch zutrauen. Der hohe Aufforderungscharakter, der von der Einrichtung der Betriebe und Werkstätten, sowie ihrer Ausstattung mit Materialien, Werkzeugen und ihrer Projekte ausgelöst wird, muss einhergehen mit dem Vertrauen darauf, dass die Kinder diese Herausforderungen auch annehmen. Die Grundfunktionen der Betriebe sind innerhalb des Stadtspiels plausibel, andererseits bleibt die Art und Weise, wie die Aufgaben wahrgenommen und erledigt werden und welche Bedeutung sie innerhalb der tempo-

rären Stadtgesellschaft haben, Gestaltungsaufgabe der Kinder.

Komplexität als Wesensmerkmal von Stadt

Städte sind dynamische Konstrukte. Das Leben in Städten ist gleichsam verdichtet und beschleunigt. Wer in eine fremde Stadt kommt, weiß weder, wie diese „tickt“, wie ihre Räume zu nutzen sind, wer in ihr lebt noch wie und in welcher Weise sie sich von anderen Städten unterscheidet. Je nachdem, was unsere Interessen in einer Stadt sind, dort zu leben oder ihr als Tourist einen Besuch abstatten, verhalten wir uns ganz anders. Städte üben eine große Anziehungskraft auf Menschen aus und sind als Systeme dazu in der Lage, in ganz kurzer Zeit viele Neuankömmlinge in ihre Verläufe zu integrieren. Es braucht aber Zeit, um Teil einer Stadt zu werden.

➤ Steckbrief Geschichte

- 1979 und mit der Auftragslage, zum damaligen Internationalen Jahr des Kindes ein besonderes Projekt / Event, das Kinderfest „Spielplatz München“, anzubieten, entstand mit Sondermitteln und mit besonderer Finanzierung des Vereins Spielmotor e. V. das Konzept einer Kinderstadt als Soziales Kunstwerk der Pädagogischen Aktion München e. V. Über 1000 Kinder stürmten die Stadt schon am ersten Tag. Auf einer der ersten Bürgerversammlungen wurde über den Namen der Stadt abgestimmt: Mini-München erhielt den Zuschlag.
- 1985, erst sechs Jahre später, fand die zweite Spielstadt in der aufgelassenen Mollhalle am Westpark statt. Im Internationalen Jahr der Jugend standen erneut Sondermittel zur Verfügung. Dieses Mal dauerte das Stadtprojekt fünf Wochen und das zentrale Thema der Kinder und Jugendlichen in den letzten Spielstadttagen war: Wie geht es mit Mini-München weiter? Nach dem offiziellen Ende der Spielstadt statteten Bürgermeister und Stadträte aus Mini-München den (offiziellen) „Amtskollegen“ im Rathaus mehrere Besuche ab und erreichten, dass dort parteiübergreifend eine Fortsetzung der Spielstadt durch die Einsetzung eines Sondererats ermöglicht wurde.
- 1986 realisierte der Trägerverein Pädagogische Aktion e. V. gleich zwei Städte parallel: eine in der Mollhalle und eine im Münchner Rathaus am Marienplatz, die Alt-München zum Vorbild hatte und ihre Ereignisse und Narrative aus historischen Bezügen ableitete. Mit den Kindern einigte man sich auf einen zukünftig zweijährigen Rhythmus für die Spielstadt.
- 1988 bot die Olympiapark GmbH der Spielstadt die Rückkehr in den Olympiapark an, nachdem sie durch den Abriss der Mollhalle heimatlos geworden war. Die Olympiapark GmbH wurde Mitveranstalter und brachte überdies Mittel aus ihrem eigenen Sponsorenpool mit ein – ein Glücksfall.
- 1990 übernahm einer der Nachfolgevereine der Pädagogischen Aktion e. V., nämlich Kultur & Spielraum München, die Ausrichtung der Spielstadt. Die Bürgerversammlungen der Spielstadt wurden mittwochs als Kinderforum im Rathaus am Marienplatz abgehalten, unter Einbeziehung der echten gewählten Stadtpolitiker und der Verwaltung.
- 1992 erhielt die Spielstadt den Zusatz „International“, darauf legten vor allem die Kinder wert, die aus anderen Ländern zu Besuch in die Kinderstadt kamen. Auf diese Weise entwickelte sich ein besonderer Fokus des Spielstadtlebens auf das Zusammenleben von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Herkünften.
- 1994 kämpften die Kinder ein zweites Mal um den Fortbestand Mini-Müncchens mit Briefen, Resolutionen, Telefonketten und hatten Erfolg. Die Sondermittel wurden nicht gestrichen.
- 2006 zog die Spielstadt Mini-München innerhalb des Olympiaparks in die Event-Arena um. In der Spielstadt war endlich mehr Platz, es gab eine zweite Etage und ein weitläufiges Außengelände für Bewegungsangebote und für den Bau neuer Stadtteile.
- 2008, 2010, 2012 entwickelte sich die Spielstadt auch durch internationalen Austausch weiter. Kinderbotschafter aus anderen Spielstädten in Europa und aus Japan besuchten Mini-München und Mini-Münchner bereisten andere Spielstädte. In den Zwischenjahren fanden zwei Welttreffen der Kinderstädte statt, eines in Berlin (Deutsches Kinderhilfswerk), eines in Yokohama City (Magistrat der Stadt Yokohama).
- 2014 warten die Kinder und Jugendlichen auf die Eröffnung der 17. Spielstadt Mini-München International, da zieht sich die Olympiapark GmbH aus der langen Partnerschaft zurück und erklärt, der bisherige Spielort, die Eventarena, stehe aus Sicherheitsgründen nicht mehr zur Verfügung und es gebe innerhalb des Olympiaparks keinen Ersatz. Mini-München findet in der Zenith-Halle statt, mit wohlwollender Unterstützung von Wolfgang Nöth, dem privaten Hallenbetreiber.
- 2016 erneut in der Zenith-Halle
- 2018 gibt es kein Quartier für Mini-München! Eine Zeltstadt entsteht, erstmals und mit hohem technischem Aufwand, auf dem Gelände der abgerissenen Event-Arena am alten Standort.
- 2020 fordert uns die Pandemie heraus. Mini-München findet an vierzig Standorten, verteilt auf die ganze Stadt (in kleinen Portionen und unter strengen Hygienemaßnahmen), STADT!
- 2022 wird wiederum unter Pandemiebedingungen geplant und ein neuer Ort gefunden, der viel Abstand ermöglicht und genügend Platz bietet, dennoch alles unterzubringen: das Gelände des Showpalasts in Fröttmaning, einem privaten Veranstalter.

Margit Maschek

Städte haben zur Aufnahme von neuen Bewohner*innen verschiedene formale und informelle Verfahren entwickelt. Die Grundregel, dass man sich anmelden muss, um zu einer Stadt zu gehören, ist jedem bekannt. Kniffliger, aber ungleich spannender wird es, wenn man nach und nach die Muster feiner Regelwerke, informeller Vereinbarungen und Verabredungen entdeckt, die sich im Laufe der Zeit auf der Basis von Erfahrungswissen und kulturellen Praktiken der unterschiedlichsten Mitglieder ergeben haben. Gewissermaßen gilt das auch für eine Spielstadt wie Mini-München. Auf Kinder wirkt sie vor allem deshalb faszinierend, weil sich durch die anderen Mitspielenden, ihre „Bewohner*innen“, in vielerlei Hinsicht genau diese Komplexität erahnen lässt. Eine Spielstadt wird umso komplexer, je mehr verschiedene, unterschiedlich alte und interessierte Kinder mitspielen und

mitgestalten, je ausdifferenzierter Binnenabsprachen, Zwischenverabredungen entwickelt und wieder verworfen werden und je dichter die sozialen Interaktionsprozesse werden, die auf der Grundlage der Spielstruktur entstehen.

Jede*r neue Mitspieler*in fängt erst einmal an, diese Strukturen zu erkunden. Erst nach und nach und vor allem dann, wenn niemand drängt, ist sie/er in der Lage, die Möglichkeiten des Spiels auszuschöpfen und Teil davon zu werden.

Risiko als pädagogische Kategorie

Obwohl pädagogische Prozesse nie eindeutig sind, in ihrer Wirkung immer komplex und folglich immer auch Risiken bergen, ist es häufig erklärtes Ziel in der Vermittlungsarbeit, diese möglichst so zu organisieren und zu reduzieren, dass sie überschaubar



bleiben, und dass am Ende auch genau das erreicht wird, was pädagogisch „erzielt“ werden sollte.

Wir beobachten folgendes Phänomen: Bei gleichzeitiger Zunahme von Komplexität in realen gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen geht die Pädagogik häufig den Weg in die entgegengesetzte Richtung - Vereinfachung, Reduktion, Aufteilung, Linearität und Modularisierung von Handlungen. Ergänzt um eine spezifische Methodenauswahl und die präzise Festlegung von Lernzielen nach fest vereinbarter Zeit. Damit minimiert sich zwar das Risiko, etwas falsch zu machen, maximal für diejenigen, die diese Pädagogik verantworten. Das Risiko für die nachwachsende Generation wird dabei immer größer: Komplexität wird als massiver Verunsicherungsfaktor erlebt und man gerät unter extremen Stress, wenn

man Handlungen nicht mehr deuten kann oder Anleitungen dazu nicht sofort zur Gänze verstanden hat. Besonders dramatisch wirkt sich dies dadurch aus, dass sich der Tagesablauf der Kinder beinahe lückenlos in pädagogisch formal zugerechneten Räumen abspielt und gleichzeitig der öffentliche Raum zunehmend kinderlos wird.

Obwohl es sich bei der Spielstadt Mini-München um einen geschützten, pädagogisch verantworteten Raum handelt, entstehen darin differenzierte wie höchst unterschiedliche soziale Interaktionsmuster, Möglichkeitsräume und Handlungen. Der Umgang mit Komplexität kann gewissermaßen in einem geschützten Rahmen, mit Gleichbetroffenen, geübt werden. Voraussetzung dafür ist, dass die pädagogischen Organisatoren daran interessiert sind und



das Wagnis eingehen, Ausdifferenzierung im Spiel zuzulassen und zu unterstützen. Die Ermöglichung solcher Freiräume ist nicht selbstverständlich, schon gar nicht, wenn vorausgesetzt ist, dass sich der Erhalt ihrer Dynamik allein aus den Regeln ergibt und ohne stete Anleitung, Rhythmisierung und Belehrung auskommt. In der Anordnung der Spielstadt versuchen die Pädagog*innen koproductive Prozesse.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass in einer Spielstadt wie Mini-München echte Bohrmaschinen, scharfe Küchenmesser, komplizierte Druckstraßen, Dampfbügeleisen, Näh- oder Schleifmaschinen, heiße Bratpfannen, Computer usw. von den Kindern benutzt werden. Dies ist notwendig, weil die Dinge, die damit hergestellt und aufbereitet werden, ebenfalls echt sind. Sie finden ihre weitere Verwendung in der

Stadt, gelangen zum Verkauf ins Kaufhaus, zum Verzehr ins Gasthaus oder als Transportfahrzeug/ Taxi auf die Straßen. Das macht das Mitspielen im Prinzip schon „gefährlich“. Auch hier bedarf es feiner Beobachtung und zurückhaltender Unterstützung durch die Betreuer und vor allem eines großzügigen Vertrauens in die Kinder, dass sie den verantwortlichen Umgang damit (lernen) können.

Die Spielstadt – eine pädagogische Vision in Praxis

Gerne wird Mini-München als die „Stadt im Kleinen“ bezeichnet. Gemeint ist damit auch: „Wie nett, da spielen die Kinder Erwachsene und lernen, wie man arbeitet und Geld verdient!“ Ein grobes Missverständnis, wie sich bei genauem Hinsehen zeigt. Die



Kinder und Jugendlichen tun, was sie ansonsten auch andernorts gerne täten: Sie eignen sich ihre Lebenswelt an, sie organisieren sich, probieren aus, erkunden, forschen und kreieren – auch komplexe kulturelle Zusammenhänge und komplizierte soziale Sachverhalte.

So gesehen, wäre die Spielstadt allem voran als ein performativer Raum zu beschreiben, der Möglichkeiten eröffnet, dass Kinder ihn für die Entwicklung eigener kultureller Ausdrucks- und sozialer Verhaltensformen als Akteure in Regie nehmen. Da dieser Raum in der Art seiner Nutzung und Bespielung nicht komplett festgelegt ist, wäre die Spielstadt auch zu verstehen als ein Ort der Ungewissheit, an dem eine subtile Interaktion sich selbst organisierender Strukturen entstehen kann. Dies wird aber nur dann möglich, wenn der Aktionsraum durch seine diversen Inszenierungen und Atmosphären das Verhältnis zwischen Akteuren und Zuschauern, Bewegung und Wahrnehmung, Nichts-tun und aktiven Handlungen jeweils auf besondere Weise organisiert, ohne dass diese von irgendjemand/irgendetwas (z. B. Erwachsenen, Verhaltensritualen) determiniert werden.

Die Kinder erleben es als spannend und aufregend, sich in der Spielstadt zu bewegen und sie lernen – fortwährend. Gleichzeitig kommen sie aber voll auf ihre Kosten, spielen lustvoll und gehen ihren aktuellen Bedürfnissen nach Bewegung, Lautsein, neugierigem Experimentieren, affektiv-emotionalem Handeln, gemeinschaftlicher Aktion sowie kommunikativem Austausch nach. Sie spielen nicht lediglich Erwachsene, sondern gestalten eine Welt nach ihren Bedürfnissen. An ihrem Laden hängt dann beispielsweise ein Schild mit der bündigen Aufschrift: „Wegen Reichtum geschlossen!“.

Didaktisch ausgedrückt: Spielen und Lernen sind hier als fruchtbare Einheit ver-

knüpft. Es wird die Voraussetzung geschaffen für eine Bildung, die sich auch in non-formalen und informellen Bezügen abspielt.

Als Wirkungsraum ist die Spielstadt noch weit umfänglicher zu betrachten, als die Dauer des Ereignisses selbst. Sie beginnt in den Köpfen der Kinder schon lange vor dem Beginn und endet erst lange danach - sie stiftet an zum Weitermachen in eigener wie auch kollaborativer Sache. Dies zeigen Verabredungen einiger Kindergruppen, für die nächste Spielstadt zu planen, eine Börse vorzubereiten, für die Bank einen Geldautomaten und für sich einen Glücksspielautomaten zu bauen, um ein Casino zu eröffnen, und dann sogar noch ein digitales Bezahl- und Anmeldesystem für die Spielstadt zu entwickeln. Die Kinder nehmen dafür viele Hürden auf sich, wenden sich an mögliche (erwachsene) Unterstützer*innen, schreiben Briefe, treffen sich wieder und wieder und übernehmen so etwas wie eine eigene, das erwachsene Team unterstützende, Planungspraxis.

Beteiligung durch Spiel

Die Dynamik des Spielstadtlebens ergibt sich aus den Geschäften, die von den Werkstätten, Betrieben und Einrichtungen untereinander getätigt werden. Leistung und Kosten werden von den jeweils zuständigen Kindern kalkuliert und verrechnet, Angebot und Nachfrage regeln die Preisgestaltung. Alle Ereignisse und Vorgänge des Stadtlebens werden durch die öffentlichen Medien (Zeitung, Fernsehen, Radio, Infocscreen) beobachtet, dokumentiert und kommentiert. Durch die komplexe Anlage und Inszenierung der Spielstadt, die keinen kontrollierenden Überblick zulässt, ist oft erst durch deren tägliche Berichterstattung zu erfahren, was sich tagsüber alles zugetra-

gen hat. Dies erhöht, abhängig vom Alter der Kinder, insgesamt die Aufmerksamkeit für die öffentlichen Vorgänge in der Stadt und die Bereitschaft zur Teilnahme an den Stadtversammlungen, also am kommunalen wie politischen Leben. Nicht anders geht es den Erwachsenen in der Spielstadt, die jeweils nur Ausschnitte der Nahereignisse zur Kenntnis bekommen und die dadurch den Kindern nichts voraushaben – sie müssen ebenso spontan handeln und reagieren wie diese.

Das Gesamtgeschehen durchmischt sich mit den kulturellen Aufführungen der Kinder, die sie bei Theater, Film, Musik und Kunstproduktionen entwickeln. Hinzu kommen noch gemeinsame Veranstal-

tungsforen auf dem Marktplatz, bei Versammlungen im Rathaus, bei Gesellen- und Meisterprüfungen, Doktorhutverleihungen oder bei Gerichtsverhandlungen. Es entstehen vielfältige Bühnen und Milieus einer vitalen, eigenständigen Kinderöffentlichkeit. Die Spielstadt schafft ein öffentliches „Forum“, in dem Kinder sich als aktive, geschäftige, wirksame Teilnehmer*innen erfahren und gegenseitig erleben können.

Es ist schwierig, für die immersive Kraft des Stadtspiels durch Beschreibung einen Nachweis zu liefern und seine vielschichtigen Ebenen detailliert und minutiös zu dokumentieren. Ihre befreienden Aspekte von institutionellen Praktiken müssen nicht kritiklos betrachtet, sondern permanent



daraufhin untersucht werden, inwieweit sie taugen, in dem Prinzip der Unvorhersagbarkeit (manche sprechen von Unübersichtlichkeit) auch die Chance aufzuspüren für Friktionen, welche Debatten auslösen und die Praxis der Spielstadt selbst voranbringen. Dies ist die eigentliche pädagogische Aufgabe, dafür Möglichkeiten und Voraussetzungen zu schaffen.

Der Bezugsrahmen Stadt birgt viele Möglichkeiten, wie zwischen dem Spiel, dem „Als ob...“ und den ganz realen Stadtstrukturen Berührungspunkte und Durchlässigkeiten entstehen. Zunächst finden sich viele der Bezeichnungen von städtischen Einrichtungen auch in der Spielstadt, auch Spielrollen werden darin entsprechend benannt. Wie wäre es für die Kinder, wenn sich aus der „echten“ Hochschule jemand einfände, die/der die Doktorarbeiten der Kinder abnimmt? Wenn sich die echten Stadtgärtner*innen auf das Mitmachen in der Spielstadt einließen? Wie wäre es umgekehrt für eine reale Stadträtin, auf eine Stadträtin von Mini-München zu treffen? Im Spiel verändert sich etwas, wenn erwachsene Gäste oder Funktionsträger*innen der echten Stadt die Kinder zu Gesprächen besuchen.

Sie sind als Expert*innen zum Fachaus-tausch gebeten, z. B. die Architektin, die über ihre Arbeit erzählt, den Kindern realisierte Beispiele zeigt und dann mit ihnen ein Krankenhaus entwirft; oder die Referentin für Stadtplanung, die sich mit ihnen im Architekturbüro über den Wohnungsnotstand in der Stadt austauscht. Aufregung gibt es im Stadtratszimmer unter den Kindern besonders dann, wenn aus dem Rathaus entweder eine der Bürgermeister*innen, der Kulturreferent oder Stadtkämmerer erwartet wird.

Bemerkenswert an diesen Gesprächssituationen zwischen Kindern und Erwachse-

nen ist der von Kindern meist souverän geführte Austausch und Wechsel von Fragen und Antworten, die natürlich auch von ihrem Gegenüber gestellt werden, die sich ihrerseits auf dieses Spiel einlassen, es auch ernst nehmen. Die Wissbegier, Konzentration und auch Freude der Kinder an einer gelungenen Kommunikation mit dem erwachsenen Gesprächspartner erzeugt andererseits Anerkennung, Respekt und führt zu einem tieferen Verständnis des Gegenübers, einmal der Kinder und dann der Erwachsenen, die in der Regel keine so engen Kontakte pflegen und zunächst in ihren Rollen agieren. Es entsteht ein poröses Spiel zwischen den beiden Wirklichkeiten, wenn, wie geschehen, ein Bürgermeister sich spontan einlässt auf einen Streik der Müllabfuhr für höheren Lohn, der zeitgleich mit seinem Auftritt im Rathaus der Spielstadt durchgeführt wird. Er wird zum ernstgenommenen Mitspieler und befeuert eine Debatte, welche die Kinder dann noch längere Zeit beschäftigt.

Ähnliches ereignet sich umgekehrt durch die Ausweitung des Spielortes in die Stadt hinein. Das echte Rathaus im Zentrum wird zum Spielort bei Versammlungen im Großen Sitzungssaal zur Stadtpolitik mit geladenen Gästen, zur wöchentlichen Gerichtsverhandlung mit Fällen von übergreifender Bedeutung, zur Feier von Hochzeiten mit Umzug auf dem Marienplatz und anderem mehr. Weitere Orte, wie das Stadtmuseum für Ausstellungen, das Deutsche Museum für Vorlesungen und Workshops, verschiedene Betriebe für Arbeitsplätze und dann noch ein Laden im Rathausblock für Publikumsverkehr und Öffentlichkeitsarbeit ergaben spannende Berührungspunkte zu einer realen Öffentlichkeit, wodurch sich die Beschäftigung mit dem Thema Stadt weit über das Spiel und seinen begrenzten Zeitrahmen hinaus qualifizierte. Für all diese

Orte sind im Vorfeld, während des Spiels und dann auch danach vielfältige Kontakte, Verabredungen und Gespräche erforderlich, welche vor allem die Kinder aus der vorbereitenden Mini-München-Werkstatt beschäftigen.

Konstruktionen von Wirklichkeiten aus dem Fundus des Spiels

Die Beteiligung der Kinder an Konzept und Gestaltung der Spielstadt in den Zwischenjahren ihrer Realisierung macht sie in je unterschiedlichen Dimensionen an der Seite der Organist:innen zu Planungspartner:innen einerseits, aber umgekehrt ergeben sich auch Fälle, in denen sie Ideen entwickeln als Planende, welche dann die Erwachsenen in Zugzwang bringen: Kann das und wie realisiert werden, sprengt es den Rahmen der Ressourcen von Budget oder des zur Verfügung stehenden Ortes, macht

da die Verwaltung (die Lokalbaukommission, die Brandpolizei) noch mit? Unweigerlich werden die Kinder beim Aufkommen solcher Fragen mit realen Problemlagen konfrontiert, welche den Rahmen des eigentlichen Spielvorhabens übersteigen. Wie weit sie sich darauf einlassen und diesen akzeptieren, ist ihnen überlassen und manchmal bleibt als Antwort nur: Lasst es uns probieren!

So kam es zur Einführung einer Börse und ihrer anschließenden Digitalisierung, gleich noch samt der Bank von Mini-München, bargeldloses Bezahlen, die Einführung eines Bankautomaten und anderes mehr. Eine Gruppe von Kindern entwickelte und baute sich im Vorfeld eigene Spielautomaten zur Eröffnung einer Spielbank, die dann später im Verlauf des Betriebs kommunalisiert wurde.

Viele andere Initiativen der Kinder, vor, nach und während der Spielstadt, wären

Anzeige



Kultur & Spielraum e.V. (Hrsg.)

Die Spielstadt

Perspektiven auf ein pädagogisches Phänomen

München 2020

261 Seiten

ISBN 978-3-86736-576-5

18,80 EUR

ggfs. zzgl. Porto und Versand

zu beziehen über:

Kultur & Spielraum e.V.

minimuenchen@kulturundspielraum.de

ebenso spannend, wie etwa der Ausbau des Klimaschutzzentrums, der Auftritt im Stadtplanungsausschuss des Rathauses zur Etablierung eines festen Ortes für die Spielstadt Mini-München, die Einführung eines Besucher-Visums für Eltern und Gäste und anderes mehr. Manche, wie die kostenlose Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln bei Vorzeigen des Spielstadtausweises, waren nicht zu realisieren, hingegen eine Durchsage zum Aussteigen zur Spielstadt Mini-München an der entsprechenden U-Bahnstation wurde den Kindern genehmigt; ebenso die kostenlose Überlassung eines Ladens in der Innenstadt zur Vorbereitung und Planung ihrer Spielstadt.

Und das Wichtigste: Vielleicht gäbe es die Spielstadt Mini-München gar nicht mehr, wäre nicht eine Kindergruppe 1986 eigenmächtig in das Rathaus marschiert, um das fehlende Budget für ihre Spielstadt vom Stadtrat einzufordern. Und: Einer der damaligen Spielstadtbürgermeister hat da-

bei den amtierenden Bürgermeister von München als „Kollegen“ begrüßt!

„Es müsste wohl etwas wie einen Verzicht auf letzte konzeptionelle Klarheit geben, damit Nischen entstehen, in denen das vorkommen kann, was anderswo für Kinder keinen Ort hat.“ (K.J.PAZZINI, 2020)²

AUTOR

Gerd Grüneisl ist Mitarbeiter und Projektleiter bei Kultur & Spielraum e.V., Studium von Architektur an der TU München, 1968 Wechsel an die Kunstakademie der bildenden Künste (Klasse Prof. Fruhtrunk), Kunsterzieher an Gymnasien bis 1976, zeitgleich Mitglied der Kunstgruppe KEKS mit Aktionen im öffentlichen Raum, 1974 Gründungsmitglied der Pädagogischen Aktion und Neuerfindung einer Berufskarriere als freischaffender Kulturpädagoge bis heute ... nachzulesen in den Kulturpädagogischen Lesebüchern 1–6, München, 1982–2016

Fotos:

Katy Spichal, Margit Maschek, Gerd Grüneisl

Anmerkungen

- 1 in: Die Spielstadt, Perspektiven auf ein pädagogisches Phänomen, herausgegeben von Kultur & Spielraum e.V., kopaed München, 2020
- 2 ebd.

„Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied?“ – Tagungsbericht

Der Kooperationsverbund OKJA und die Bundesarbeitsgemeinschaft OKJE organisierten gemeinsam die Fachveranstaltung mit dem Titel: „Macht Jugendarbeit (k)einen Unterschied?“

In Berlin im Haus der Demokratie begrüßten die Geschäftsführung und die Sprecher:innen am 1. und 2. Dezember 2022 rund hundert Teilnehmer:innen aus dem Bundesgebiet.

Mit dem Journalisten und Schriftsteller JÜRGEN WIEBICKE, bekannt aus dem WDR-Funk und Radio, startete ein inspirierender Vortrag. WIEBICKE reist durchs Land auf der Suche nach der „Kraft von Einzelnen“. Eine zentrale Frage dabei: „Was macht Lust auf Demokratie?“

Von dieser gesamtgesellschaftlichen Sicht auf Demokratie schlug BENEDIKT STURZENHECKER dann den Bogen hin zur demokratischen Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und in der Kommune. In seinem Vortrag wurde nicht nur der gesetzliche Auftrag der Jugendarbeit als ein Argument für demokratische Partizipation in der OKJA genannt. Die Gefährdung der Zukunft junger Menschen durch die Klimakatastrophe führt zu Fluchtbewegungen und diese zu weiteren Krisen. Kriege und ökonomische Krisen bestimmen schon das jetzige, aber vor allem das Leben der zukünftigen Generationen. Erziehung und Assistenz von Bildung, als Aneignung einer Welt im Selbstzerstörungsmodus, ist absurd! Wenn das kein

Grund ist: Raus aus der Komfortzone, Verantwortung übernehmen für die bisherige Ignoranz gegenüber den Folgen und konsequente Realisierung der Rechte der Kinder und Jugendlichen auf Bestimmung/ Mitbestimmung der Entscheidungen in Einrichtungen, Kommune und Gesellschaft, für ihr (Über-) Leben in Zukunft.

Für Erfahrungsaustausche aus der Praxis der OKJA und informelle Gespräche bot ein World-Café die Gelegenheit. Zu verschiedenen Perspektiven, wie z. B. Stadtentwicklung, virtuelle Partizipation, Europa und Jugendhilfeplanung u.a. konnten die Teilnehmer:innen über ihre Erfahrungen ins Gespräch kommen. Am Nachmittag gab es fünf von sechs geplanten Workshops, die sowohl von Beteiligten intern wie auch von aktiven Teilnehmer:innen umgesetzt wurden.

Mit einer Podiumsdiskussion endete der erste Tag. Die Rolle der OKJA als Motor in der Stadt- und Landgemeinde wurde politisch diskutiert. Hier waren mehrheitlich Gäste aus Berlin (Politiker:innen, Senatsverwaltung, Landesjugendamtswirtschaft) anwesend.

Am zweiten Tag referierte DR.IN HELLE BECKER (Transfer für Bildung e.V.) zur politischen Bildung in der OKJA und zeigte unterschiedliche Handlungs-, Wahrnehmungs- und Aneignungsmodelle in der OKJA auf. Sie beschrieb drei Bildungsmodi für die politische Bildung und Handlungsmodi für die Fachkräfte der OKJA. Folgen-

de Bildungsgelegenheiten können demnach gestaltet werden: 1. Anlassbezogene Auseinandersetzung mit politischen Themen in der OKJA, 2. Politische Bildung/Demokratiebildung als eine strukturelle Erfahrungsmöglichkeit und 3. als gesondertes arrangiertes thematisches Setting. Die Anwendung der verschiedenen Formen und Möglichkeiten kann politische Bildung/ Demokratiebildung in der OKJA systematisch gestalten und als Handlungskonzept in die Praxis wirken.

Anschließend berichtete ANNETTE MÜTTER (Institutsleitung beim IKAB-Bildungswerk e.V.) vom Modellprojekt „Europa sind wir“, das über drei Jahre im ganzen Bundesgebiet angelegt war. Ziel des Projekts war, Kinder und Jugendliche, die wenig Zugang zu politischer Bildung haben, für europapolitische Bildungsarbeit zu gewinnen sowie Träger der Kinder- und Jugendhilfe und kommunale Verwaltungen für ein europäisches Denken und Handeln zu sensibilisieren. Die Ergebnisse hier zusammengefasst:

1. Europapolitische Bildung kann lokal stattfinden und ist als ein Teil der Jugendarbeit anzuerkennen.
2. OKJA beinhaltet häufig Situationen und Momente der politischen Bildung. Die Herausforderung für Fachkräfte liegt darin, das Politische in den Anliegen zu erkennen und aufzugreifen. Dafür ist
3. die politische Informiertheit eine konstitutive Voraussetzung. Die Vorgehensweise in dem Projekt „Europa sind wir“ hat gezeigt, dass
4. europapolitische Bildung in der Jugendarbeit geht und der Erfolg von der Qualität des Projektverbundes abhängt.
5. Die Bedeutung der kommunalen Jugendpflege zur strukturellen Verankerung eu-

ropapolitischer Bildung wurde an der Schnittstelle zwischen Praxis und Jugendamt deutlich.

Auch am zweiten Tag gab es neben den spannenden Keynotes Austausche, Gesprächsanlässe und die Einbeziehung des gesamten Plenums. Die „Speakers Corner“ bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, sich mit ihren „Thesen zu Herausforderungen und Grenzen in Praxis und Gesellschaft“ einzubringen. Nachmittags konnten in vier Ateliers Praxis- und Forschungsprojekte zu Partizipation, Demokratiebildung und politischer Bildung auf Plakaten vorgestellt und diskutiert werden.

Zum Ende der Tagung wurden erste Erkenntnisse und Maßnahmen, sowohl im Feld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wie auch außerhalb, auf einem Podium diskutiert. Vorläufiges Fazit: In Zeiten wie diesen sind Kooperationen notwendiger denn je, und zwar zwischen den Feldern der Jugendarbeit nach dem Motto: Zusammenhalten und nicht konkurrieren. Aber wie kann eine nachhaltige Struktur gefördert und umgesetzt werden? Projektförderlogiken stehen dagegen, wenn man die Ressourcenverteilung betrachtet. Die Idee einer Resolution ist entstanden, um hier die Bedeutung für Politiker:innen und Entscheider:innen aufzuzeigen. Wir fordern eine stabile Finanzierung von Offener Kinder- und Jugendarbeit im Bereich der Partizipation, Demokratiebildung und politischer Bildung.

AUTOR/IN

Nina Vormelchert und **Moritz Schwerthelm** sind Fachreferent:in für Partizipation, politische Bildung und Demokratiebildung.

Stellungnahme der BAG OKJE e.V. zum Diskussionspapier vom BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz



Die Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. hat als bundesweiter Zusammenschluss von Einrichtungen und Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit positiv zur Kenntnis genommen, dass sich BMFSFJ und BMI gemeinsam darum bemühen, dem Bund einen gesetzlichen Auftrag zur Förderung der Demokratie zuzuschreiben. Einen solchen Auftrag, der die zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Demokratiebildung in Deutschland stärken kann, halten wir für unerlässlich. Darum begrüßen wir das Ziel, durch ein solches Demokratiefördergesetz eine Planungssicherheit zu gewährleisten, die eine bedarfsorientierte, längerfristige Förderung unabhängig von politischen Konjunkturen und Haushaltslagen sicherstellen könnte.

Damit könnte der Bund fördern, was er bereits 1990 für Kinder und Jugendliche gesetzlich verankert hat, bis heute jedoch nicht flächendeckend realisiert wurde: Denn seitdem hat jeder junge Mensch nach §1 SGB VIII das Recht auf die Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit sowie das Recht auf Bildung, gesellschaftliche Teilhabe und politische Teilnahme (siehe auch Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit 2022). Die weitere Verwirklichung dieses Rechts sollte auch durch das Demokratiefördergesetz unterstützt werden.

Vor diesem Hintergrund möchte sich die BAG OKJE mit vorliegender Stellungnahme konstruktiv in den Diskussionsprozess einbringen. Denn aus Sicht der Offenen Kinder- und Jugendarbeit – der seit dem ‚Re-

ducation-Program‘ der Alliierten im Nachkriegsdeutschland und spätestens mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (insbesondere §§1, 8, 11 SGB VIII) der Auftrag zur Förderung der demokratischen Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen in der gesamten Bundesrepublik zukommt und dementsprechende Erfahrungen in den Regelstrukturen sowie in Förderprogrammen der Länder und des Bundes hat – gilt es in der weiteren Diskussion folgende Punkte zu bedenken:

Politisch und programmatisch ist die wissenschaftliche Analyse sowie die politische Abwehr von Rechtsextremismus aus Sicht der BAG OKJE eine der zentralen Herausforderungen der gegenwärtigen Gesellschaft. Aus Perspektive der Kinder und Jugendlichen sowie der Offenen Kinder- und Jugendarbeit kann Kindeswohl jedoch nicht allein durch die Abwehr von Gefahren hergestellt werden (CLARK ET AL 2018). Wissenschaftliche Erkenntnisse der letzten 30 Jahre weisen nach, dass sich junge Menschen dort, wo ihnen durch die „Institutionen des Aufwachsens“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2017), also vor allem durch Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, institutionell gerahmte und pädagogisch unterstützende Möglichkeiten zur demokratischen Mitgestaltung ihrer Sozialräume und der Gesellschaft eröffnet werden, demokratisches Handeln und eine demokratische Bearbeitung von Konflikten in Diversität aneignen. So hat es auch der 16. Kinder- und Jugendbericht für die Kinder- und Jugendarbeit herausgestellt (DEUTSCHER BUNDESTAG 2021). Diese demokratiebildenden Erfahrungen können

vor allem dort ermöglicht werden, wo Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene langfristig an der Gestaltung von Einrichtungen und Angeboten der Zivilgesellschaft – aber auch darüber hinaus in ihren Sozialräumen und Kommunen – mitwirken können und so auch Verantwortung für sich, ihr Handeln und andere Gesellschaftsmitglieder übernehmen. Die Zivilgesellschaft ist mit solchen Angeboten der Demokratiebildung dann erfolgreich, wenn sie junge Menschen nicht als potenziell Gefährdete oder gar Gefährdende adressiert, sondern als mündige, verantwortungsbewusste Bürger*innen der Demokratie. Insofern empfiehlt sich auch aus Sicht der BAG OKJE eine deutliche Unterscheidung „zwischen Angeboten bzw. Maßnahmen der Extremismusprävention und Angeboten Politischer Bildung bzw. Demokratiebildung“ (DJI 2022).

Es sind vor allem die Institutionen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die schon jetzt von jungen Menschen unterschiedlichster Milieus freiwillig besucht sowie mitgestaltet werden und in denen bereits pädagogische, vertrauensvolle Beziehungen als Grundlage von Demokratiebildung bestehen. Häufig handelt es sich dabei auch um Kinder und Jugendliche, die von anderen (gerade projektbasierten) Bildungsangeboten nicht erreicht werden und die gesellschaftlich wie politisch benachteiligt werden. Ein Demokratiefördergesetz müsste zum Ziel haben, alle Kinder und Jugendlichen zu fördern.

Wissenschaftliche Studien zeigen außerdem, dass die Potenziale zur Demokratiebildung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bisher nicht konsequent genutzt werden können, weil diesem Handlungsfeld aufgrund knapper kommunaler Haushalte vermehrt Aufgaben anderer Arbeitsfelder der Kinder- und Jugendhilfe übertragen werden, die sozialpädagogischen Ansätzen

der Demokratiebildung entgegenstehen (u. a. STURZENHECKER & SCHWERTHELM 2016). Dies führt dazu, dass die Demokratieförderung in den Kommunen so einer Nothilfe faktisch hintenangestellt wird. Die mit einem Demokratiefördergesetz verbundene Möglichkeit, besonders die Infrastruktur der Kinder- und Jugendarbeit vor Ort zu stärken und damit die Demokratieförderung junger Menschen systematisch und regelhaft zu fördern, halten wir deshalb für dringend notwendig. Diese Notwendigkeit wird durch zwei weitere Gründe unterstrichen: Einerseits stellt (auch) der 16. Kinder- und Jugendbericht einen höheren Bedarf der (offenen) Arbeit mit Jugendlichen aufgrund gesellschaftlicher Ablehnungsdynamiken im Gefüge des Aufwachsens fest, gleichzeitig wird das Arbeitsfeld vermehrt zum Ziel politischer Interventionen, die den gesetzlichen Auftrag zur Förderung von Beteiligung und Demokratiebildung sowie die pädagogische Umsetzung dieses Auftrags in Frage stellen (u. a. HAFENEGER ET AL 2021; DEUTSCHER BUNDESTAG 2021).

Insofern begrüßt die BAG OKJE, dass „die von zivilgesellschaftlichen Trägern bereits aufgebauten und fachlich bewährten Strukturen aufrechterhalten und insbesondere auch weiterentwickelt werden können, um den sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden.“ Dabei betonen wir aber, dass dies nur gelingen kann, wenn die regelhaften Infrastrukturen des Aufwachsens der Kinder- und Jugendhilfe dadurch gestärkt werden können: also bestehende Einrichtungen und Angebote der Jugendhilfe in Sozialräumen und Kommunen durch eine gezielte Förderung sicherstellen können, dass die Demokratieförderung alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland erreicht. Daraus folgt, dass allen Trägern der Kinder- und Jugendarbeit unabhängig von ihrer sonstigen Förderung

auf Landes- oder kommunaler Ebene eine Förderung durch das Demokratiefördergesetz ermöglicht werden muss (siehe auch DBJR 2022; KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT 2022). In diesem Zusammenhang wäre ebenfalls sicherzustellen, dass ein Demokratiefördergesetz keine negativen Auswirkungen auf bewährte Fördermöglichkeiten, wie den Kinder- und Jugendplan des Bundes, hat.

Für diese Entwicklungen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips und einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen braucht es einen intensiven Dialog zwischen den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe und den Fördergebern. Die BAG OKJE bietet hiermit ihre Expertise und Unterstützung für die weitere Gestaltung eines Demokratiefördergesetzes an.

Abschließend verweisen wir auf die vom DEUTSCHEN BUNDESTAG (2022) verabschiedeten Empfehlungen an politische Entscheidungsträger*innen „für die Gestaltung der Aneignungsprozesse demokratischer Bil-

dung von Kindern und Jugendlichen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Aufsuchenden Jugend(sozial)arbeit“.

„Als Aufgaben für politische Entscheidungsträger sind in dieser Hinsicht zu benennen:

- Finanzierung politischer Bildung weniger projektbezogen, sondern langfristig und regelstrukturell sicherstellen;
- Erweiterung des Blicks auf demokratische Bildung auch jenseits von Extremismus- und Radikalisierungsprävention.“

Die BAG OKJE plädiert dafür, mit einem Demokratiefördergesetz die Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe nicht nur als Institutionen des Aufwachens zu erkennen, sondern ihre Potenziale der demokratischen Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen nun auch anzuerkennen und zu fördern.

Berlin, 08.04.2022

Björn Langert (Vorsitzender)

Volker Rohde (Geschäftsführung)

CLARK, Z. / SCHWERTHELM, M. / ALIKI-VESPER, L. (2018): **Eine Abwehr von Kindeswohlgefährdung ist noch keine Herstellung des guten Lebens**. In: **Widersprüche**, Heft 149/2018, Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 73 – 86.

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING (2022): **Stellungnahmen zum Diskussionspapier für ein Demokratiefördergesetz** vorgelegt durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie das Bundesministerium des Inneren. Berlin.

DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): **Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland** – 15. Kinder- und Jugendbericht – Drucksache 18/11050. 18. Wahlperiode. 01.02.2017

DEUTSCHER BUNDESTAG (2021): **Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe** – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Drucksache 19/24200. 19. Wahlperiode. 11.11.2020

DEUTSCHES JUGENDINSTITUT (2022): **Stellungnahme des Deutschen Jugendinstituts e.V. zum Diskussionspapier von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz** vom 21.02.2022. München.

HAFENEGER, B. / JESTÄDT, H. / SCHWERTHELM, M. / SCHUHMACHER, N. / ZIMMERMANN, G. (2020): **Die AfD und die Jugend**. Wie die Rechtsaußenpartei die Jugend- und Bildungspolitik verändern will. Wochenschau Verlag. Frankfurt/Main.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT (2022): **Stellungnahme zum Diskussionspapier von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz**. Berlin.

STURZENHECKER, B. / SCHWERTHELM, M. (2016): **Demokratie ist machbar** – gerade in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: KNAUER, R. / STURZENHECKER, B. (Hrsg.): **Demokratische Partizipation von Kindern**. Beltz/Juventa Verlag. Weinheim/München. S. 187 – 203.

Die neue App juniti – Anschluss an hybride Welten in der OKJA

Eine App für die OKJA

Im Rahmen des Verbundprojekts „GIDA – Gute Interaktionsarbeit digital assistiert“¹ widmen sich die Projektpartner Friedrich-Schiller-Universität Jena (Verbundkoordination), Internationaler Bund (IB) und IMU-Institut der Frage, wie Digitalisierung in der Kinder- und Jugendarbeit gleichzeitig die Arbeit erleichtern und die Qualität der Angebote verbessern kann. Mit dieser Zielsetzung entstand auch die Idee, im Rahmen des Projekts eine App zu entwickeln, die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit dabei hilft, die Kommunikation mit Jugendgruppen besser zu strukturieren, Informationen übersichtlich zusammenzuführen und gleichzeitig Partizipation zu fördern. Nach den ersten Konzeptions- und Entwicklungsschritten steht das Projekt aktuell (Stand November 2022) kurz vor den ersten Praxistests der verschiedenen Funktionalitäten. Die BAG OKJE ist Kooperationspartner des Projektes. Der vorliegende Text ist ein Auszug eines längeren Beitrags aus der Zeitschrift FORUM Jugendhilfe, Heft 4/2022.

Hauptfunktionen der juniti-App

Alle Funktionalitäten der App drehen sich um Orte und Aktivitäten, die im analogen Leben ihren Platz haben. Diese analogen Aktivitäten werden im digitalen Raum der App aufgegriffen, während Aktivitäten innerhalb der App gleichzeitig wiederum in die Gestaltung des analogen Raums hineinwirken.

Nutzer*innen wählen im Registrierungsprozess einen oder mehrere Orte aus, an deren Community ihr Nutzerprofil angebunden wird.



Die Hauptfunktion der App sind orts- bzw. aktivitätsbezogene Chatrooms, in denen Veranstaltungen geplant, Fragen diskutiert, Informationen ausgetauscht und Erfahrungen geteilt werden können. In den Räumen können Informationen, Bilder, aber auch Organisationstools wie Listen etc. abgelegt und bearbeitet werden.

Daneben verfügt die App über eine Kontaktdatenbank für den Sozialraum, über die Nutzer*innen Beratungsstellen, Freizeitangebote, spezialisierte Hilfeangebote und weitere Anlaufstellen kontaktieren können.

Weitere Elemente der App sind darüber hinaus:

- Überführung von Daten in Excel-Dateien: Leichtere Dokumentation und Administration
- Informationen auf gängigen Social-Media Plattformen teilen: Erleichterung in der Öffentlichkeitsarbeit
- Push-Benachrichtigungen oder Emails an Nutzer*innen der App zu verbreiten:

strukturierte Kommunikation mit den Zielgruppen

- Gamification-Elemente wie individualisierbare Nutzerprofile und interaktive Spiele: Steigerung der Attraktivität für Jugendliche.

Die App soll dabei nicht in Konkurrenz treten mit etablierten Social-Media-Diensten, die junge Menschen im Alltag in ihren Peergroups nutzen. Stattdessen bietet sie Nutzer*innen die Möglichkeit, eigene Profile in anderen Tools zu verlinken und dadurch den Kontakt außerhalb der App zu ermöglichen.

Herausforderungen im ländlichen Raum begegnen

Die durch die App anvisierte digitale Unterstützung von Kommunikation adressiert besonders auch die praktischen Herausforderungen von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im ländlichen Raum. Gerade im ländlichen Raum stehen mobile und Stationäre Einrichtungen der OKJA vor besonderen Herausforderungen.² Weiträumige Ein-

zugsgebiete und eingeschränkte Mobilitätschancen von Jugendlichen erfordern passgenaue Kommunikationsstrategien, um mit den verschiedenen Gruppen von Adressat*innen im Kontakt zu bleiben. Gleichzeitig ist auch die notwendige Vernetzung zwischen den oft weiträumig verstreuten unterschiedlichen Akteur*innen eine komplexe Aufgabe, die jedoch grundlegend für die Gestaltung von Beteiligungsprozessen und die Einbeziehung von Diversitätsperspektiven ist.

Ausblick

Noch – Stand November 2022 – befindet sich juniti-App in der Entwicklung. Wir freuen uns jedoch darauf, schon in wenigen Monaten über eine App zu verfügen, die Gamification-Elemente nutzt, um Motivation für analoge Angebote für Jugendliche zu erzeugen, dabei die analogen Angebote stets im Mittelpunkt behält und die digitale Welt als sinnvolle Ergänzung betrachtet sowie eine verantwortliche und den sozialarbeiterischen Ansprüchen genügende Alternative auf dem App-Markt darstellt.

Anmerkungen

1 Das Projekt „GIDA – Gute Interaktionsarbeit digital assistiert“ wird im Rahmen der Förderrichtlinie „Zukunft der Arbeit: Innovation für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“ durch das Bundesministerium für Bildung und

Forschung sowie dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Weitere Informationen zum Projekt: www.digitale-interaktionsarbeit.de

2 **Deinet, Ulrich** (2004)

Literatur

DEINET, ULRICH (2004): **Zur Lage der Kinder- und Jugendarbeit in ländlichen Regionen**. In: **Werkstattgespräch** Kinder- und Jugendarbeit auf dem Land Dokumentation der Veranstaltung vom 20. und 21. Januar 2004 in Berlin. Online Verfügbar unter https://www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/E_und_C/Klemm_Antje_2004_Kinder-Jugendarbeit_Dok_VA_20-21_01_2004_Berlin.pdf, zuletzt geprüft am 14.11.2022.

Die neuesten Trends aus der Offenen Jugendarbeit. Mit einem Abonnement unserer Fachzeitschrift.



Erscheint viermal im Jahr
zum Preis von 15,- €.
Das Abo ist erhältlich bei:

**Bundesarbeitsgemeinschaft
Offene Kinder- und
Jugendeinrichtungen e.V.**

– BAG OKJE e.V. –
Brüsseler Straße 44
13353 Berlin

Tel.: 030-32599 200

Fax: 030-32599 298

Mail: info@bag-okje.de

www.offene-jugendarbeit.net

IMPRESSUM

Die Bundesarbeitsgemeinschaft **Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e. V. (BAG OKJE e. V.)** ist seit 2005 Herausgeber der seit 1991 regelmäßig erscheinenden Fachzeitschrift **OFFENE JUGENDARBEIT**.

In ihr werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Kinder- und Jugendarbeit, vor allem in Kinder- und Jugendhäusern, Jugendzentren usw. diskutiert und beispielhafte Praxismodelle vorgestellt.

Herausgeber: Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen e.V. (BAG OKJE e.V.), Brüsseler Str. 44, 13353 Berlin, Telefon: 030-32599 200 (allgemein), Telefon: 030-32599 202 (speziell für OJA-Bestellungen), Fax: 030-32599 298, E-Mail: info@bag-okje.de (für Anfragen an die BAG OKJE im allgemeinen), E-Mail: oja@bag-okje.de (für Anfragen, Bestellungen etc. zur OJA), Ansprechpartner: Volker Rohde • **Verlag:** tb-verlag, Burkhard Fehrlen, Hegelstr. 48, 72072 Tübingen, www.tbt-verlag.de, E-Mail: bfehlen@t-online.de, ISSN 0940 -2888 • **Gestaltung:** KOHLERDESIGN, www.kohler-design.de • **Druckauflage:** 1.500 Exemplare, 4 x jährlich • **PDF-Abonnten:** ca 5.000 • **LeserInnenkreis:** Träger und MitarbeiterInnen Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen, DozentInnen, StudentInnen, Kommunale Jugendpflege • **Internet:** www.offene-jugendarbeit.net • **Redaktion:** Thea Koss, Burkhard Fehrlen • **Anzeigen:** Volker Rohde (BAG), Anzeigen- und Beilagenpreise auf Anfrage. Falls Sie Fragen haben, ist Volker Rohde Ihr Gesprächspartner, Telefon: 030-32599 200, E-Mail: info@bag-okje.de

OFFENE JUGENDARBEIT erscheint viermal jährlich, Einzelpreis Druckausgabe **7,50 €** (zzgl. Versandkosten), Jahresabonnement **20,- €** (inkl. Versandkosten), Zeitschrift als PDF **4,- €**, Bestellung unter www.tbt-verlag.de. Für Mitglieder der BAG OKJE e. V. ist der Gesamtbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Kündigungen sechs Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements. Nachdruck von Beiträgen nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Zeitschrift kann bezogen werden über die BAG OKJE e. V., über den Verlag oder den Buchhandel. Alle Rechte sind vorbehalten.

Die Herausgabe der Zeitschrift wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend